

Sparkasse Tauberfranken

**Geschäftsbericht 2017
mit Lagebericht**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

1. Grundlagen der Sparkasse

1.1 Geschäftsmodell

Unsere Sparkasse Tauberfranken ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Tauberbischofsheim.

Träger der Sparkasse sind der Landkreis Main-Tauber sowie die Städte und Gemeinden Assamstadt, Boxberg, Freudenberg, Großrinderfeld, Grünsfeld, Hardheim, Höpfingen, Königheim, Kulsheim, Lauda-Königshofen, Tauberbischofsheim, Werbach, Wertheim und Wittighausen. Unser Geschäftsgebiet umfasst den Main-Tauber-Kreis, ohne die Gemeinde Ahorn, sowie die Gemeinden Hardheim und Höpfingen aus dem Neckar-Odenwald-Kreis. Die Sparkasse betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz Baden-Württemberg, die Sparkassengeschäftsordnung oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Als selbstständiges regionales Wirtschaftsunternehmen verfolgen wir das Ziel, auf Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse vorrangig in unserem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich und fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise sowie die Wirtschaftserziehung der Jugend. Dieser öffentliche Auftrag ist im Sparkassengesetz niedergeschrieben und prägt das Geschäftsmodell und das gesellschaftliche Engagement der Sparkasse. Um diesem Auftrag gerecht zu werden unterhalten wir 28 Geschäftsstellen (Stand 31. Dezember 2017) in unserem Geschäftsgebiet. Unsere Sparkasse ist als Mitglied im Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW) über dessen Sparkassenstützungsfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Dieses Sicherungssystem ist von der BaFin als Einlagensicherungssystem nach dem EinSiG anerkannt worden.

1.2 Organisationsstruktur

Organe der Sparkasse sind der Verwaltungsrat, der Kreditausschuss und der Vorstand. Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien für die Geschäfte der Sparkasse, erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeit. Er setzt sich aus insgesamt 24 Mitgliedern zusammen. Der Kreditausschuss, bestehend aus acht Mitgliedern, beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach der Geschäftsanweisung für den Kreditausschuss und über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten im Sinne von § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG). Der zum 31. Dezember 2017 aus zwei Mitgliedern bestehende Vorstand leitet die Sparkasse in eigener Verantwortung. Er vertritt die Sparkasse und führt ihre Geschäfte.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtaussage des Vorstands zum Geschäftsverlauf und zur Lage 2017

Wir können auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2017 zurückblicken. Den Geschäftsverlauf und die Lage beurteilen wir, unter Berücksichtigung der gesamtwirt-

schaftlichen sowie branchenspezifischen Entwicklung, als noch günstig. Diese Aussage wird gestützt durch die wesentlichen Ergebnisse aus unserer Gewinn- und Verlustrechnung (GV). So ist der Zinsüberschuss durch eine Sonderausschüttung aus unserem Spezialfonds erheblich angestiegen. Beim Provisionsüberschuss konnten wir eine deutliche Steigerung erzielen. Der Verwaltungsaufwand, der sich aus dem Personalaufwand und dem Sachaufwand zusammensetzt, konnte deutlich reduziert werden. Das Ergebnis vor Bewertung konnte sehr deutlich verbessert werden. Aufgrund des gegenüber dem Vorjahr negativen Bewertungsergebnisses, fiel das Ergebnis nach Bewertung sehr deutlich gegenüber dem Vorjahresergebnis zurück.

	Bestand	Bestand	in % des Geschäfts- volumens	in % des Geschäfts- volumens	Ver- änderung	Ver- änderung	Ver- änderung
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	2017	2017	2016
	Mio EUR	Mio EUR			Mio EUR	%	%
Bilanzsumme	2.621,6	2.634,1			- 12,5	- 0,5	- 0,9
Geschäftsvolumen ¹⁾	2.713,8	2.734,6	100,0	100,0	- 20,8	- 0,8	- 1,2
Kundenkreditvolumen	1.790,4	1.720,7	66,0	62,9	69,8	4,1	6,3
Forderungen an Kreditinstitute	272,0	339,5	10,0	12,4	- 67,5	- 19,9	- 7,8
Wertpapiervermögen	581,6	598,7	21,4	21,9	- 17,1	- 2,9	- 14,6
Anlagevermögen	40,6	43,4	1,5	1,6	- 2,8	- 6,5	- 1,3
Sonstige Vermögens- werte	29,1	32,2	1,1	1,2	- 3,1	- 9,6	- 11,7
Mittelaufkommen von Kunden	1.917,7	1.935,0	70,7	70,8	- 17,3	- 0,9	0,2
darunter Spareinlagen	660,6	670,7	24,3	24,5	- 10,1	- 1,5	- 2,3
darunter unverbriefte Verbindlichkeiten							
täglich fällige	1.153,0	1.125,4	42,5	41,2	27,7	2,5	7,4
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	103,8	138,6	3,8	5,1	- 34,8	- 25,1	- 29,4
darunter verbrieft Verbindlichkeiten	0,3	0,3	0,0	0,0	-	-	- 3,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinsti- tuten	332,6	340,5	12,3	12,5	- 7,8	- 2,3	- 11,2
Sonstige Passiv- posten (einschließlich Eventualverbindlich- keiten und Rückstell- ungen)	342,1	338,2	12,6	12,4	3,9	1,2	1,3
Eigene Mittel	121,4	120,9	4,5	4,4	0,5	0,4	0,4

¹⁾ Geschäftsvolumen = Bilanzsumme zzgl. Eventualverbindlichkeiten

Auch die Finanz- und Vermögenslage kann unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als günstig beurteilt werden. Das Kundenkreditvolumen konnte leicht gesteigert werden und lag mit einer Erhöhung von 4,1 % innerhalb dem erwarteten Wachstum. Das Mittelaufkommen von Kunden ist entgegen unseren Erwartungen mit - 0,9 % leicht rückläufig.

Darstellung nach der Gewinn- und Verlustrechnung	Ergebnis 2017 Mio EUR	Ergebnis 2016 Mio EUR	Veränderung 2017 Mio EUR	Veränderung 2017 %	Veränderung 2016 %
Zinsüberschuss (inkl. GuV-Positionen 3, 4 und 17)	54,0	48,7	5,3	10,9	1,4
Provisionsüberschuss	16,1	14,9	1,2	7,8	4,8
Verwaltungsaufwand					
- Personalaufwand	- 26,8	- 28,7	1,9	- 6,8	0,0
- Sachaufwand	- 12,4	- 12,8	0,4	- 3,1	- 2,5
Sonstige ordentliche Erträge und Aufwendungen	- 1,0	- 1,0	- 0,1	8,7	- 31,9
Ergebnis vor Bewertung	29,9	21,2	8,7	41,2	11,1
Bewertungsergebnis (GuV-Positionen 13 - 16)	- 12,2	0,1	- 12,3	-8.236,4	- 115,3
Ergebnis nach Bewertung	17,7	21,3	- 3,6	- 17,0	17,9
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	- 13,2	- 15,1	1,9	- 12,6	36,0
Steuern	- 4,0	- 5,8	1,8	- 30,4	- 11,5
Jahresüberschuss und Bilanzgewinn	0,5	0,4	0,0	8,1	- 2,4

Die Ertragslage nach unserem Betriebsvergleich (BV) hat sich im Vergleich zu unseren Erwartungen gut entwickelt. Während sich der Zinsüberschuss aufgrund des niedrigen Zinsniveaus wie erwartet deutlich rückläufig entwickelte, konnte der Provisionsüberschuss deutlich gesteigert werden und liegt damit über unseren Erwartungen. Insbesondere der Giroverkehr und das Wertpapierdienstleistungsgeschäft haben zu diesem Erfolg beigetragen. Entgegen dem geplanten leichten Anstieg des Verwaltungsaufwands ist dieser leicht zurückgegangen. Das im Vorjahr positive Bewertungsergebnis veränderte sich wie erwartet gravierend und ist negativ, hat sich aber in Anbetracht des ursprünglich prognostizierten Wertes vor allem im Kreditgeschäft bedeutend besser entwickelt. Das Betriebsergebnis vor Bewertung (BV) war nur leicht rückläufig und damit wesentlich besser als erwartet. Das Betriebsergebnis nach Bewertung (BV) verringerte sich zwar erheblich, lag aber gravierend über unserem Planwert.

2.1 Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliches Umfeld

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2017 um 2,2 % höher als im Vorjahr (kalenderbereinigt 2,5 %). Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,3 % lag.

Auf der Verwendungsseite des BIP war der Konsum mit einem Wachstumsbeitrag von 1,4 Prozentpunkten erneut die treibende Kraft des BIP. Der Wachstumsbeitrag der Bruttoinvestitionen insgesamt war ebenfalls positiv (+ 0,7 Prozentpunkte). Der Außenbeitrag stützte das deutsche BIP-Wachstum geringfügig (+0,2 Prozentpunkte).

Auf der Entstehungsseite des BIP konnten nahezu alle Wirtschaftsbereiche positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2017 beitragen. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr um 2,2 %. Überdurchschnittlich entwickelten sich die Dienstleistungsbereiche Information und Kommunikation mit + 3,9 % sowie Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit + 2,9 %. Ebenfalls kräftig legte

das Produzierende Gewerbe mit + 2,5 % zu, das ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftete. Das Baugewerbe nahm im Vergleich zum Vorjahr um + 2,2 % zu.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2017 von knapp 44,3 Mio Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das ist der höchste Stand seit der deutschen Wiedervereinigung.

Die Preise sind in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2017 gestiegen. Für die Verbraucher haben sie sich insgesamt um voraussichtlich 1,8 % erhöht und bewegten sich damit im Rahmen der Zielmarke der europäischen Geldpolitik von knapp unter 2 %. Der seit März 2016 festgelegte Zins der Europäischen Zentralbank (EZB) für die Einlagenfazilität von - 0,4 % hat bis zum aktuellen Zeitpunkt Gültigkeit. Die Ankaufprogramme von Wertpapieren wurden 2017 fortgesetzt.

Zum sechsten Mal in Folge hat der Deutsche Aktienindex (DAX) ein Börsenjahr mit Gewinn beendet. Auf Jahressicht legte der DAX ein beachtliches Plus von 12,5 % hin. Der DAX erholte sich somit vollends von der 2007 ausgebrochenen Finanzkrise und erklomm im Jahresverlauf einen Rekordstand von gut 13.525 Punkten.

DAX-Schlusskurs Dezember 2016: 11.481 Punkte

DAX-Schlusskurs Dezember 2017: 12.918 Punkte

Kreditwirtschaft

Vom Gesetzgeber wurden 2017 weitere Regulierungsmaßnahmen in Kraft gesetzt. Der damit einhergehende Umsetzungsaufwand stellte die Sparkasse vor große Herausforderungen und erforderte einen starken Einsatz unserer Mitarbeiter.

Die BaFin und die Deutsche Bundesbank haben in 2016 im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process - SREP) die Grundzüge für die Festsetzung von zusätzlichen Eigenmittelanforderungen der Kreditinstitute bekannt gegeben. Der SREP-Kapitalzuschlag dient der Unterlegung von Zinsänderungsrisiken sowie weiterer wesentlicher Risiken, die nicht oder nicht ausreichend über die Säule I-Anforderungen abgedeckt sind. Daneben werden weitere Eigenmittelanforderungen zur Unterlegung von Risiken in Stresssituationen festgelegt. Die BaFin hat mit Bescheid vom 20. Oktober 2017 bei der Sparkasse die individuellen Eigenmittelanforderungen (SREP-Kapitalzuschlag, Eigenmittelzielkennziffer) final festgesetzt.

Das neu systematisierte und im Umfang deutlich erweiterte Geldwäschegesetz ist am 26. Juni 2017 in Kraft getreten. Zeitgleich trat die neue Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers in Kraft.

Mit Wirkung zum 3. Januar 2018 wurde das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) geändert, um die Finanzmarktrichtlinie MiFID II und die Finanzmarktverordnung MiFIR umzusetzen. Das WpHG wurde dabei inhaltlich deutlich erweitert und neu strukturiert. Seit dem Meldestichtag 30. Juni 2017 sind Kreditinstitute verpflichtet, im Rahmen des FINREP-Meldewesens über die Deutsche Bundesbank quartalsweise umfangreiche Finanzdaten an die Europäische Zentralbank einzureichen.

Im Oktober 2017 hat die BaFin die novellierten Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vorgelegt. Das Rundschreiben trat mit Veröffentlichung in Kraft. Während Klarstellungen unverzüglich anzuwenden waren besteht für Neuerungen eine Umsetzungsfrist zum 31. Oktober 2018.

Die BaFin hat Anfang November 2017 die Bankaufsichtlichen Anforderungen an die IT von Banken (BAIT) veröffentlicht. Die BAIT präzisieren die §§ 25a und 25b KWG und

konkretisieren die MaRisk für IT-Themen. Ab Veröffentlichung sind die BAIT in Kraft und stellen den zentralen Baustein für die IT-Aufsicht über den Bankensektor in Deutschland dar.

Entwicklungen in der Sparkassenorganisation

Die Sparkassen-Finanzgruppe hat bei den Ratingagenturen Moody's Investors Service ein Corporate Family Rating (Verbundrating) von Aa2 (Februar 2017), ein Floor-Rating von DBRS von A (April 2017) sowie ein Gruppenrating von Fitch von A+ (Dezember 2017) eingeholt. Fitch erteilte zusätzlich ein Viability Rating (Stand-alone-Rating) von a+ (Dezember 2017) für die Gruppe der Sparkassen.

Regionale Rahmenbedingungen

Die regionale Wirtschaftsstruktur setzt sich neben innovativen, teilweise international operierenden Unternehmen im Wesentlichen aus überwiegend kleineren und mittelständischen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie sowie aus den Bereichen der Holz- und Glasverarbeitung zusammen. Schwerpunkte sind neben einem ausgeprägten Dienstleistungssektor die Wirtschaftsbereiche Handel, Handwerk, Baugewerbe und Industrie.

Gemäß Wirtschaftslagebericht der Handwerkskammer Heilbronn-Franken zeigen sich die regionalen Unternehmen zum vierten Mal in Folge zufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage. Die Lageurteile erreichen einen neuerlichen Höchstwert. Die Industrie und der Bausektor melden neue Bestmarken bei der Lageeinschätzung. Im Großhandel bewerten die befragten Betriebe ihre Geschäftslage grundsätzlich positiv, während im Einzelhandel und im Dienstleistungssektor die Lageurteile auf hohem Niveau geringfügig nachgegeben haben.

Die Arbeitsmarktdaten im Bezirk Schwäbisch-Hall / Tauberbischofsheim bestätigen 2017 erneut als gutes Jahr für den Arbeitsmarkt mit anhaltender Dynamik. Die Einstellungsbereitschaft der Betriebe ist weiterhin hoch und bietet gute Chancen für Arbeitssuchende. Im Main-Tauber-Kreis verzeichnete die Agentur für Arbeit erneut einen stabilen Arbeitsmarkt mit geringer Arbeitslosenzahl. Der saisonüblich tendenzielle Anstieg der Arbeitslosenzahlen im ersten Quartal 2017 auf eine Quote von bis zu 3,5 % entspricht der Tendenz der Vorjahre. Im Jahresverlauf konnte die Arbeitslosenquote deutlich gesenkt werden, so dass das Jahr 2017 in der hiesigen Region mit einer Quote von 2,6 % schließen konnte (Vorjahr 3,1 %).

Entwicklung der Konkurrenzsituation im Geschäftsgebiet

Die Anzahl der Konkurrenzinstitute, die ihren Hauptsitz oder Geschäftsstellen in unserem Geschäftsgebiet unterhalten, beläuft sich weiterhin auf elf Institute.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Geschäftsvolumen und Bilanzsumme

Die **Bilanzsumme** reduzierte sich leicht um 0,5 % (Vorjahr – 0,9 %). Dies setzt sich in der Entwicklung des **Geschäftsvolumens** mit einer leichten Reduzierung um 0,8 % (Vorjahr – 1,2 %) fort. So entwickelte sich im Aktivgeschäft das Kundenkreditvolumen mit leichten Zuwächsen, das aber durch die bewusste Reduzierung bei den Forderungen an Kreditinstituten und dem Wertpapiervermögen überkompensiert wurde.

2.2.2 Aktivgeschäft (inkl. Eventualverbindlichkeiten)

Das **Kundenkreditvolumen** erhöhte sich leicht um 4,1 % (Vorjahr 6,3 %). Im Vergleich mit den Sparkassen unseres baden-württembergischen Verbandsgebiets entwickelte sich unser Zuwachs unterdurchschnittlich. Wir haben im Geschäftsjahr 2017 Darlehen in Höhe von insgesamt 381,1 Mio EUR (Vorjahr 416,2 Mio EUR) neu zugesagt.

Den Bestand an **Forderungen an Kreditinstitute** haben wir sehr deutlich um 67,5 Mio EUR bzw. 19,9 % (Vorjahr -7,8 %) abgebaut. Fällige Geldanlagen wurden zum Teil in kurzfristige Geldanlagen neu angelegt.

Das **Wertpapiervermögen** haben wir leicht um 17,1 Mio EUR bzw. 2,9 % (Vorjahr -14,6 %) abgebaut. Das Wertpapiervermögen dient im Wesentlichen der Liquiditätsreserve und setzt sich zum überwiegenden Teil aus der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zusammen. Die Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere setzt sich aus Investmentfonds und einem Spezialfonds zusammen.

2.2.3 Passivgeschäft

Das **Mittelaufkommen von Kunden** reduzierte sich leicht um 17,3 Mio EUR bzw. 0,9 % (Vorjahr + 0,2 %). Im Verbandsvergleich entwickelten wir uns unterdurchschnittlich. Aufgrund des äußerst niedrigen Zinsniveaus erfolgten weiterhin im großen Umfang Umschichtungen zu den täglich fälligen Geldern (Sichteinlagen und Tauberfranken-Online-Konten) während bei den Spareinlagen, Termingeldeinlagen und den Sparkassenbriefen Abflüsse zu verzeichnen waren.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** haben wir um 7,8 Mio EUR bzw. 2,3 % (Vorjahr - 11,2 %) leicht reduziert. Die Rückführung erfolgte bei den täglich fälligen Geldaufnahmen, während bei den zweckgebundenen Weiterleitungsmitteln ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen war.

2.2.4 Dienstleistungen

Die Wertpapierumsätze unserer Kunden nahmen deutlich um 9,0 % (Vorjahr 4,7 %) zu. Dabei stiegen die Bruttoerträge aus dem Wertpapierdienstleistungsgeschäft deutlich um 5,7 % (Vorjahr 7,2 %).

Das Gesamtvolumen der Bausparsummen im Neugeschäft konnte gegenüber dem Vorjahr sehr deutlich sowie in der Anzahl der Abschlüsse von Bausparverträgen deutlich gesteigert werden.

Bei den Sach- und Lebensversicherungsverträgen ergab sich ein erheblicher Rückgang bei der Anzahl der vermittelten Neuverträge, während sich der Beitragsumfang im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduzierte.

Im Immobiliengeschäft gingen die Anzahl der vermittelten Objekte mit - 17,4 % (Vorjahr + 39,4 %) und der Umsatz mit - 18,7 % (Vorjahr + 36,1 %) sehr deutlich zurück. Der Durchschnittswert der vermittelten Immobilien ging erneut leicht zurück.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.3.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Sparkasse ist gegenüber dem Durchschnitt der Sparkassen unseres baden-württembergischen Verbandsgebiets durch überdurchschnittliche

Anteile bei den Forderungen an Kreditinstitute sowie dem Mittelaufkommen von Kunden gekennzeichnet. Dem gegenüber sind das Wertpapiervermögen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten unterdurchschnittlich ausgeprägt. Das Kundenkreditvolumen entspricht dem Durchschnitt der Sparkassen unseres baden-württembergischen Verbandsgebiets. Erwartungsgemäß ergaben sich keine bedeutenden Veränderungen bei diesen Strukturanteilen.

In den bilanzierten Aktivwerten sind stille Reserven enthalten. Außerdem haben wir gemäß § 340f HGB zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute Vorsorge getroffen.

Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden mittelbaren Pensionsverpflichtungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.

Nach der vom Verwaltungsrat noch zu beschließenden Zuführung aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 0,5 Mio EUR (Vorjahr 0,4 Mio EUR) wird sich die Sicherheitsrücklage auf 121,4 Mio EUR belaufen. Zur weiteren Stärkung des Kernkapitals haben wir eine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 13,2 Mio EUR vorgenommen und somit den Bestand auf 183,2 Mio EUR ausgebaut.

Die Eigenmittelanforderungen wurden unter Berücksichtigung des Kapitalerhaltungspuffers, des institutsindividuellen antizyklischen Kapitalerhaltungspuffers und des S-REP-Kapitalzuschlags im Jahresablauf jederzeit eingehalten. Die Gesamtkapitalquote (Relation der Eigenmittel zum Gesamtrisikobetrag, insbesondere bestehend aus Kreditrisiken, Marktrisiken und operationellen Risiken) belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 19,2 % (Vorjahr 18,9 %). Die harte Kernkapitalquote liegt bei 18,1 % (Vorjahr 17,7 %) und die Kernkapitalquote bei 18,1 % (Vorjahr 17,7 %). Damit erfüllt die Sparkasse zum Bilanzstichtag jeweils deutlich die gesetzlichen Anforderungen an die harte Kernkapitalquote (5,75 %), die Kernkapitalquote (7,25 %) und die Gesamtkapitalquote (9,25 %) - jeweils unter Berücksichtigung des gemäß § 10c KWG aus hartem Kernkapital zusätzlich vorzuhaltenden Kapitalerhaltungspuffers.

Zum Bilanzstichtag verfügt die Sparkasse über eine gesicherte Eigenmittelbasis. Auf Grundlage unserer Kapitalplanung bis zum Jahr 2022, die auch die Kapitalanforderungen aus dem BaFin-Bescheid zur Eigenmittelzielkennziffer berücksichtigt, ist auch eine gute Eigenmittelbasis für die zukünftige Geschäftsausweitung und die Erreichung unserer Geschäftsziele vorhanden. Die steigenden Eigenmittelanforderungen nach Basel III erfüllen wir bereits heute.

2.3.2 Finanzlage

Das Liquiditätsmanagement unserer Sparkasse liegt in der Verantwortung des Bereichs Betriebswirtschaft. Die Steuerung der täglichen Zahlungszu- / -abflüsse, die Planung der erwarteten Zahlungsströme und die Steuerung des Zugangs zur Deutschen Bundesbank ist Aufgabe des Bereichs Betriebswirtschaft. Ergänzend verantwortet Treasury / Handel den Zugang zu den Refinanzierungsquellen im Geld- und Kapitalmarkt und das Management des Liquiditätsportfolios. Die Steuerung liquiditätsrelevanter Aktiva und Passiva im Rahmen gesetzter Limite erfolgt innerhalb des strategischen Liquiditätsmanagements.

Im Berichtszeitraum hatte unsere Sparkasse einen uneingeschränkten Zugang zum Geld- und Kapitalmarkt. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Zur Überwachung unserer Zahlungsfähigkeit bedienen wir uns, wie auch im Risikobericht zum Liquiditätsrisiko ersichtlich, kurz- und mittelfristiger Finanzpläne, die – nach

Monaten gestaffelt – die fälligen Geldanlagen / -aufnahmen enthalten. In die Analyse der Zahlungsbereitschaft fließen die disponiblen Werte aus dem Kundengeschäft ein.

Die Kredit- bzw. Dispositionslinie der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) wurde teilweise in Anspruch genommen.

Das zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften notwendige Guthaben wurde bei der zuständigen Zentralbank unterhalten.

Von der Möglichkeit, sich bei der Europäischen Zentralbank über Offenmarktgeschäfte zu refinanzieren, wurde kein Gebrauch gemacht. Es wurden kurzfristige Refinanzierungsgeschäfte in Form von Tagesgeldaufnahmen bei Kreditinstituten vorgenommen.

Die zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit eines Instituts über einen Betrachtungshorizont von 30 Kalendertagen zu erfüllende Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) von mindestens 80 % hat die Sparkasse in 2017 mit Werten von 113 % bis 196 % bzw. 145 % zum 31. Dezember 2017 jederzeit vollständig eingehalten.

Zum Jahresende ergibt sich eine nach der Liquiditätsverordnung (LiqV) berechnete Liquiditätskennzahl (Untergrenze 1,00) von 2,38 (Vorjahr 2,10). In 2017 lag die Liquiditätskennzahl zwischen Werten von 2,06 und 2,64. Die Anforderungen der LiqV wurden in 2017 jederzeit eingehalten, sodass die danach berechnete Liquidität im gesamten Geschäftsjahr 2017 als ausreichend anzusehen ist.

Auch die nach der LiqV für die weiteren Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu zwölf Monaten) zu berechnenden Beobachtungskennzahlen deuten nicht auf zu erwartende Engpässe hin.

Die Zahlungsfähigkeit ist nach unserer Finanzplanung auch künftig gewährleistet.

2.3.3 Ertragslage

Die auf Basis der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS; Summe der monatlichen Bilanzsummen aus der Bilanzstatistik, dividiert durch zwölf) sich ergebenden Ertragskennziffern haben sich wie folgt entwickelt:

Der im Geschäftsjahr von 1,83 % auf 2,02 % der DBS entgegen unseren Erwartungen angestiegene **Zinsüberschuss** ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle unseres Geschäfts. Aufgrund der zum 1. Januar 2018 in Kraft getretenen Investmentsteuerreform haben wir bei dem von uns aufgelegten Spezialfonds in 2017 eine Sonderausschüttung vorgenommen. Bereinigt um diesen positiven Sondereffekt, der sich mit 0,40 % der DBS auswirkt, entspricht die Entwicklung des Zinsüberschusses unseren Erwartungen. Ansonsten ist der Zinsüberschuss hauptsächlich durch das langanhaltende historisch niedrige Zinsniveau und weitere unternehmensspezifische Faktoren beeinflusst.

Der **Provisionsüberschuss** verbesserte sich von 0,56 % auf 0,60 % der DBS. Zusätzliche Erträge konnten vor allem durch Provisionssteigerungen im Giroverkehr, dem Wertpapierdienstleistungsgeschäft sowie bei Vermittlungsgeschäften erwirtschaftet werden, während insbesondere, bei Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen sowie dem Immobiliengeschäft niedrigere Provisionserträge erzielt wurden.

Der **Personalaufwand** reduzierte sich in Verbindung mit dem geplanten Personalabbau von 1,08 % auf 1,00 % der DBS.

Der **Sachaufwand** reduzierte sich von 0,48 % auf 0,46 % der DBS.

Insgesamt reduzierte sich damit der **Verwaltungsaufwand** (Personal- und Sachaufwand) von 1,56 % auf 1,47 % der DBS.

Das **Ergebnis vor Bewertung** konnte aufgrund der vorgenannten Faktoren sehr deutlich von 0,80 % auf 1,12 % der DBS verbessert werden.

Das **Bewertungsergebnis** wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem negativen Ergebnis in Höhe von 12,2 Mio EUR (Vorjahr + 0,1 Mio EUR) ausgewiesen. Dabei wurde bei den Beteiligungen ein positives Ergebnis erzielt, während beim Kreditgeschäft und im Wertpapiergeschäft (u. a. Bildung Vorsorgereserven nach § 340f HGB) die Aufwendungen überwogen.

Nach Vornahme aller notwendigen Bewertungsmaßnahmen weisen wir ein von 0,80 % auf 0,66 % der DBS sehr deutlich rückläufiges **Ergebnis nach Bewertung** aus.

Unter Berücksichtigung der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, sowie dem gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Steueraufwand haben wir einen **Jahresüberschuss** mit 0,02 % der DBS (Vorjahr 0,02 %) ausgewiesen. Der Jahresüberschuss und die vorgenannte Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken betragen zusammen 0,51 % der DBS (Vorjahr 0,58 %).

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offen zu legende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,017 %.

Zur weiteren Analyse der Ertragslage unseres Hauses setzen wir für interne Zwecke den sogenannten „Betriebsvergleich“ der Sparkassenorganisation ein, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur Durchschnittsbilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. In das **Betriebsergebnis vor Bewertung** gehen damit die ordentlichen Erträge aus Zins-, Dienstleistungs- und Handelsgeschäften ein. Nach Vornahme der notwendigen Bewertungsmaßnahmen verbleibt das **Betriebsergebnis nach Bewertung**. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern ergibt sich der Jahresüberschuss. Im Vergleich mit Sparkassen ähnlicher Größenordnung ist das danach errechnete Betriebsergebnis vor Bewertung und nach Bewertung unterdurchschnittlich.

2.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter

Die Sparkasse beschäftigte zum Jahresende 2017 insgesamt 524 Mitarbeiter. Die Gesamtzahl der Beschäftigten reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr durch Übergänge aus der Freistellungsphase der Altersteilzeit in den Ruhestand, durch direkten Übergang in den Ruhestand sowie durch eine leicht höhere Fluktuation.

Von diesen 524 Mitarbeitern waren 473 Mitarbeiter (davon 43 Mitarbeiter mit ruhenden Arbeitsverhältnissen) bankspezifisch beschäftigt.

14 Auszubildende haben erfolgreich im Jahresverlauf ihre Ausbildung beendet. 29 junge Menschen standen zum Jahresende in einem Ausbildungsverhältnis. Die Quote der Auszubildenden - gemessen am gesamten bankspezifischen Mitarbeiterbestand - betrug damit 6,13 %.

Im Jahr 2017 haben wir fünf neue Altersteilzeitverträge abgeschlossen. Somit verzeichneten wir zum Jahresende 16 geregelte Altersteilzeitverhältnisse, wovon sich fünf Mitarbeiter bereits in der Freizeitphase befinden. Die Anzahl der abgeschlossenen Verträge hilft uns, planbar, mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf und sozialverträglich den Personalbestand zu optimieren.

Auch künftig verfolgen wir das Ziel einer sukzessiven und moderaten Personalreduzierung, um gravierende Einschnitte im Personalbereich zu vermeiden. Wir flankieren diesen Weg, indem wir unsere Geschäftsprozesse kontinuierlich optimieren.

Wir gehen davon aus, dass wir die für Ende 2018 angestrebte Mitarbeiterkapazität im Gesamthaus erreichen werden, zumal sich in 2017 schon die Schaffung neuer Stellen (Trainee-Stellen im Bereich Vorstandssekretariat, Treasury und neue Stellen im Bereich Unternehmenskunden) abzeichnete. Dies setzt trotzdem weiterhin einen sehr konsequenten Umgang bei der Frage der Nachbesetzung von Stellen voraus.

Das Jahr 2017 war geprägt von Überlegungen und der Erstellung von Konzepten, um unseren Markt kundenorientiert und zukunftsfähig aufzustellen. Sowohl im Bereich Unternehmens- wie auch im Bereich Privatkunden setzen wir künftig auf schlanke Hierarchien, effiziente Prozesse und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bedingt durch die Verschlankeung der Hierarchie-Ebenen ist die Professionalisierung der Führung im Fokus für das Jahr 2018.

Kundenbeziehungen

Unser Ziel ist es, die markt- und wettbewerbsgerechte Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft - insbesondere des Mittelstandes - und der öffentlichen Hand mit modernen Finanzdienstleistungen in der Fläche sicherzustellen. Niedrigzins, Regulierung und Digitalisierung bestimmen hierbei den Sparkassen-Alltag. Stärker denn je bestimmen jedoch auch die Kunden, wann sie welche Dienstleistung nutzen wollen. Hierbei sehen wir die Digitalisierung als Chance. Als Chance jederzeit mit den eigenen Leistungen Teil der täglichen Lebenswelt des Kunden zu sein und die Kunden überall hinzubegleiten - möglichst durch ihren persönlich bekannten Berater. Ziel ist es den Kunden jederzeit und überall eine umfassende Analyse und Steuerung ihrer gesamten finanziellen Lebenswelt zu ermöglichen und damit Mehrwerte zu schaffen.

Wir sehen uns als führender Ansprechpartner in der Region, wenn es um das Thema Finanzen geht; nicht nur im Privatkunden-Bereich, im Private-Banking, sondern auch im Unternehmenskunden-Bereich. Neben den Unternehmen steht hier auch der Unternehmer als Privatperson im Fokus.

Umweltverträglichkeit

Der Themenbereich „Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien“ ist als übergreifendes Geschäftsfeld fest verankert. Der für uns entwickelte, selbst auferlegte Maßnahmenplan reicht dabei von der Initiierung von Ideen bei unseren Kunden über eine optimale Beratung und Begleitung mit intelligenten und attraktiven Produktangeboten bis hin zur zinsgünstigen Finanzierung von energetischen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen oder Projekten in erneuerbaren Energien. Auch innerhalb unseres Hauses richten wir unsere eigene Infrastruktur zunehmend auf Nachhaltigkeit aus. Überall da, wo es um konkrete Planung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen oder erneuerbare Energien geht, stehen wir mit Finanzierungen und kompetenter Beratung zu Seite.

Soziale Verantwortung

Soziale Verantwortung überall dort zu leben, wo die Sparkasse tätig ist, betrachten wir seit jeher als Eckpfeiler unserer Unternehmenskultur. Durch Spenden, Sponsoring und Ausschüttungen aus der Sparkassenstiftung fördern wir die wirtschaftliche Entwicklung und Attraktivität unserer Region. Wir haben auch in 2017 soziale Einrichtungen unterstützt und das kulturelle und sportliche Leben gefördert. Die Verantwortung beschränkt sich aber nicht nur auf Fürsorgemaßnahmen oder Sponsoring-Aktivitäten.

Nach unserer Auffassung handelt ein Unternehmen heute nur dann sozial, wenn es Beschäftigung aktiv sichert, seine Mitarbeiter qualifiziert und in die Gestaltung der Unternehmenszukunft einbezieht. Dies setzen wir an allen unseren Standorten im Geschäftsgebiet um.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs zum 31. Dezember 2017 haben sich nicht ergeben.

4. Risiko, Chancen- und Prognosebericht

4.1 Risikomanagement

Da die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unter Berücksichtigung eines risiko- und ertragsadäquaten Einsatzes der Eigenmittel Kernfunktionen von Kreditinstituten sind, ist als Bestandteil der Unternehmenssteuerung von uns ein Risikomanagement installiert, das der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken dient. Die risikorelevanten Steuerungsinformationen dienen als Grundlage für operative und strategische Geschäftsentscheidungen. Klare Aufgabenteilung und ein enges Zusammenspiel zwischen den beteiligten Geschäftsbereichen der Sparkasse ermöglichen eine effiziente Umsetzung der risikopolitischen Steuerungsimpulse. Um den Anforderungen sich kontinuierlich verändernden Rahmenbedingungen zu begegnen, passen wir unsere Strategien, Konzepte, Verfahren, Instrumente und aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen stetig an. Wir halten bezüglich unserer gesetzten Strategien und implementierten Prozesse die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ein.

4.1.1 Risikomanagementsystem

Der **Verwaltungsrat** bestimmt die Richtlinien für die Geschäfte der Sparkasse und erlässt Geschäftsanweisungen für den Kreditausschuss sowie den Vorstand und überwacht deren Tätigkeit. Über die Risikosituation der Sparkasse wird der Verwaltungsrat als Aufsichtsorgan durch uns vierteljährlich anhand des Risikoberichts informiert.

Der **Vorstand** wird von den Ausschüssen „Bilanzstrukturmanagement“ und „Risikoausschuss“ beraten. Wir legen, neben der geschäftspolitischen Zielsetzung, die wesentlichen strategischen und methodischen Ausrichtungen fest und bestimmen die Höhe des zur Risikoabdeckung zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzials sowie dessen Verteilung auf die einzelnen Risikoarten. Die Aufgabe der Risikosteuerung wird dann dezentral durch die Managementeinheiten in den verschiedenen Geschäftsbereichen wahrgenommen.

Auf der Grundlage einer Risikoinventur stufen wir als wesentliche Risiken für unser Haus die Adressenausfallrisiken einschließlich Länderrisiken, insbesondere im Handels- und Kundengeschäft, die Beteiligungsrisiken, die Marktpreisrisiken, hier vor allem das Zinsspannenrisiko und die Kursrisiken im Wertpapiergeschäft, die Liquiditätsrisiken insbesondere Zahlungsunfähigkeit und Refinanzierung und die operativen Risiken inkl. Reputationsrisiken ein.

Die Steuerung der **Adressenausfallrisiken für Handelsgeschäfte** erfolgt innerhalb der Limitvorgaben des Vorstands durch den Handel. Die Steuerung der **Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft** erfolgt in den Geschäftsbereichen Markt und Marktfolge.

Der Marktbereich gibt in Form eines Erstvotums eine erste Risikoeinschätzung ab. Die Marktfolgeeinheit „Kreditanalyse“ nimmt im votumspflichtigen Kreditgeschäft die Kreditanalyse im Rahmen ihres Votums auf Einzelgeschäftsebene wahr. Die Kreditentscheidungen erfolgen einzelfallbezogen auf Basis der jeweiligen betrags- und rating-abhängigen Kreditkompetenzen.

Die Steuerung der **Beteiligungsrisiken** erfolgt innerhalb der Limitvorgaben des Vorstandes durch die Marktfolge Aktiv.

Die **Marktpreisrisiken** innerhalb der beschlossenen Limitvorgaben und die **Liquiditätsrisiken** werden mit Hilfe des Ausschusses „Bilanzstrukturmanagement“ gesteuert.

Der Bereich Betriebswirtschaft koordiniert den Prozess zur Ermittlung der **operativen Risiken inkl. Reputationsrisiken**, überprüft das eingesetzte Instrumentarium, analysiert bzw. überwacht die Entwicklung der Risiken, die Umsetzung von festgelegten Maßnahmen auf Basis der fokussierten Risikolandkarte, der eingetretenen Schäden und der Ergebnisse der Internen Revision und erstellt jährlich den Report Operationelle Risiken inkl. Reputationsrisiken. Die vom Ausschuss „Bewertungs- und Steuerungsausschuss OpRisk“ vorgeschlagenen Maßnahmen werden von uns festgelegt und anschließend durch die verantwortlichen Bereiche umgesetzt und durch das zentrale OR-Controlling überwacht.

Um die Risiken aus **neuen Produkten** oder **neuen Märkten** korrekt einschätzen zu können, werden die Voraussetzungen für die Einführung von allen betroffenen Fachbereichen analysiert und diskutiert. Bei Handelsgeschäften wird nach der Konzeption eine Testphase unter Einbindung der betroffenen Organisationseinheiten durchgeführt. Erst bei erfolgreichem Test und Vorhandensein geeigneter Risikosteuerungsinstrumente beginnt nach Entscheidung des Vorstands der laufende Handel.

Vor einer geplanten **Veränderung betrieblicher Prozesse und Strukturen** werden die Auswirkungen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität im Rahmen des Prozessmanagements erhoben und analysiert.

Die für das **Risikocontrolling** zuständigen Bereiche sind aufbauorganisatorisch von den Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt. Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung mit Berichterstattung ist für die Adressenausfall- und Beteiligungsrisiken der Bereich Marktfolge Aktiv und für die Marktpreis-, Liquiditäts- und operationellen Risiken inkl. Reputationsrisiken der Bereich Betriebswirtschaft zuständig. Ebenso obliegt diesen Bereichen die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren einschließlich der Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen. Der Bereich Betriebswirtschaft verantwortet die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Risikolimiten. Die für das Risikocontrolling zuständigen Bereiche unterstützen uns in allen risikopolitischen Fragen und sind an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt.

Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt dem Bereichsleiter Betriebswirtschaft bzw. dessen Stellvertreter. Diese sind dem Überwachungsvorstand unterstellt.

Die **Compliance-Funktion** wurde mit dem Ziel eingerichtet, Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken. Die Aufgaben werden vom Compliance-Beauftragten bzw. dessen Stellvertreter wahrgenommen. Dort sind die Aufgaben im Zusammenhang mit der Verhinderung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie sonstiger strafbarer Handlungen

und mit der Compliance-Funktion gemäß WpHG zusammengefasst. Der Compliance-Beauftragte ist unmittelbar dem Überwachungsvorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Die **Interne Revision** unterstützt als prozessunabhängige Stelle in ihrer Überwachungsfunktion den Vorstand und die anderen Führungsebenen der Sparkasse. Grundlage hierfür ist ein risikoorientierter Prüfungsplan, der vom Vorstand genehmigt wurde. Er bildet die Grundlage, auf der die Interne Revision grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe prüft und bewertet. Darunter zählen auch die Prüfung des Risikomanagements sowie die Einhaltung interner und externer Regelungen. Der Fokus liegt hierbei auf den Prozessen und Methoden unter Beachtung der Grundsätze von Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Dies trägt wesentlich zur Einhaltung definierter Prozesse bei und unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse. Wesentliche Feststellungen mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- bzw. Ertragslage haben sich im Geschäftsjahr 2017 nicht ergeben. Vorschläge der Internen Revision bezüglich Verbesserungen wurden unverzüglich umgesetzt.

Phasen des Risikomanagementprozesses

Mit dem Ziel der Entwicklung eines einheitlichen und in sich geschlossenen Systems zur Analyse und Quantifizierung der bestehenden Adressenausfall-, Beteiligungs-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationellen Risiken inkl. Reputationsrisiken unterscheiden wir vier Phasen im Risikomanagementprozess. Zuerst soll im Rahmen der **Risikoidentifikation** bestehende und zukünftige wesentliche Risiken identifiziert werden, um davon ausgehend eine Klassifizierung durchführen zu können. Hierzu zählen z. B. die bei neuen Produkten oder komplexen Geschäften bestehenden Risiken und deren Integration in das bestehende System. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen werden im Rahmen der Risikoidentifikation berücksichtigt. Ziel der **Risikobeurteilung** ist mit einer dem Risiko angemessenen Methode das Risiko zu bestimmen und zu bewerten. Dabei werden für die einbezogenen wesentlichen Risiken adäquate Risikomessungen für die Risikotragfähigkeit und Stresstests durchgeführt. Die **Risikosteuerung** stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Die letzte Phase des Prozesses ist die **Überwachung** der von uns festgelegten Limite und das **Reporting** der Risikokennziffern sowie der Analyseergebnisse an uns, den Verwaltungsrat und die zuständigen Geschäftsbereiche durch das Risikocontrolling. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung über die wesentlichen Risiken gemäß MaRisk erfolgt auch eine bedarfsgerechte Ad-hoc-Berichterstattung. Darüber hinaus werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten bzw. Ergebnisse kontrolliert sowie validiert.

Risikotragfähigkeit

Im Rahmen der monatlich durchzuführenden Risikotragfähigkeitsberechnung stellen wir das eingesetzte Risikodeckungspotenzial den eingegangenen Risiken gegenüber. Dabei stellen die installierten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Wir setzen ein auf periodischer Sichtweise basierendes Risikotragfähigkeitskonzept ein. Dabei richten wir uns an einem Going-Concern-Ansatz aus, wonach sichergestellt ist, dass auch bei Verlust des zur Risikoabdeckung bereitgestellten Risikodeckungspotenzials

die Mindestkapitalanforderungen gemäß CRR bzw. GroMiKV einschließlich der von der Aufsicht angeordneten zusätzlichen harten Eigenmittelanforderungen gemäß § 10 Abs. 3 KWG erfüllt werden können. Wir berechnen unser Risikodeckungspotenzial unter Berücksichtigung aller Ertrags- und Kapitalbestandteile. Darin berücksichtigt sind die erwarteten Wertänderungen für die wesentlichen Risiken. Das Risikotragfähigkeitskonzept ist aufgrund der handelsrechtlichen Perspektiven auf das Ende des laufenden Geschäftsjahres ausgerichtet.

Für die Berechnung des zur Risikoabdeckung zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzials werden Abzugspositionen verwendet, welche die erwarteten negativen Wertänderungen, die nicht beim originären Risiko berücksichtigt sind, abdecken. Jeweils zum Ende eines laufenden Jahres legen wir für die zwei folgenden Geschäftsjahre fest, welcher Teilbetrag vom verbleibenden Risikodeckungspotenzial zur Abdeckung der wesentlichen anzurechnenden Risiken zur Verfügung stehen sollen. Wesentliche Bestandteile des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials sind das prognostizierte Betriebsergebnis vor Bewertung und das neutrale Ergebnis- sowie ein Teil der Vorsorgereserven nach §§ 340f und 340g HGB. Die für das periodische Risikodeckungspotenzial einsetzbaren Bestandteile aus dem Ergebnis des Vorjahres werden frühestens ab Testat des Jahresabschlusses in die Betrachtung mit einbezogen.

Anschließend werden die quantifizierbaren wesentlichen Risiken auf die aus dem zur Verfügung gestellten Risikodeckungspotenzial abgeleiteten Limite angerechnet.

Das periodische Risikodeckungspotenzial, das auf dieser Basis abgeleitete zur Verfügung gestellte Risikodeckungspotenzial sowie die Auslastung stellen sich im Zeitablauf wie folgt dar:

	31.01.18	01.01.18	01.01.17
	TEUR		
Periodisches Risikodeckungspotential	328.839	329.164	306.278
Bereitgestelltes Risikodeckungspotential Jahresbasis	101.437	101.437	96.184
Bereitgestelltes Risikodeckungspotential zeitanteilig	99.437	101.437	96.184
Auslastung des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials	55.575	54.202	60.359
Auslastung in % (zum zeitanteiligen RDP)	55,9 %	53,4 %	62,8 %

Das eingerichtete Limitsystem stellte sich zum 31. Januar 2018 wie folgt dar:

Limitsystem		
	TEUR	
	Limit	Auslastung
Marktpreisrisiken Zinsänderungsrisiko	5.000,0	2.307,0
Marktpreisrisiken Kurs Risikosteuerung zeitanteilig	63.500,0	34.630,4
Marktpreisrisiken Kurs Korrekturposten zeitanteilig	2.000,0	0,0
Adressenausfallrisiken aus Kundengeschäften	15.937,0	9.790,1
Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften	5.500,0	1.675,7
Beteiligungsrisiken	6.000,0	5.233,1
Operationelle Risiken inkl. Reputationsri- siken	1.000,0	690,3
Liquiditätsrisiken	2.500,0	1.248,0
Summe Limit Jahresbasis	101.437,0	55.574,6
Summe Korrekturposten zeitanteilig	-2.000,0	0,0
Summe Limit Risikosteuerung zeitanteilig	99.437,0	55.574,6

Um einen möglichen etwaigen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, haben wir einen zukunftsgerichteten **Kapitalplanungsprozess** bis zum Jahr 2022 angestellt. Dabei wurden diverse Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen, wie rückläufige Betriebsergebnisse aufgrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase bei steigenden Verwaltungskosten, höherer Aufwand in den Bewertungsergebnissen, deutliche Wachstumsquoten im Kundenkreditvolumen sowie eine Mindest-Gesamtkapitalquote im Jahr 2017 von 11,6 % bzw. für 2022 von 13,75 % (gem. CRR inkl. Zuschlag Bescheid SREP Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch und Eigenmittelzielkennziffer).

Danach sinkt das für die Risikotragfähigkeit nach MaRisk verbleibende freie periodische Risikodeckungspotenzial von ca. 154 Mio EUR im Jahr 2017 auf ca. 131 Mio EUR im Jahr 2022. Auf Basis des aktuellen Risikoszenarios wäre die Risikotragfähigkeit damit weiterhin darstellbar. Um dieser Ergebnisentwicklung frühzeitig entgegenzuwirken, haben wir bereits erste Maßnahmen ergriffen bzw. planen weitere Maßnahmen zur Steigerung des Wachstums bei entsprechenden Margen im Kundenkreditgeschäft, im Kundeneinlagengeschäft zur Durchsetzung marktgerechter Konditionen, im Provisionsgeschäft zur Ausweitung der Erträge und bei den Verwaltungskosten zur Hebung von Einsparpotenzialen.

Berichtswesen

Das Gesamtbankreporting „Periodisches Limitsystem, Risikotragfähigkeit“ an den Vorstand und dessen Stellvertreter, die Mitglieder des Bilanzstrukturmanagements und den Risikoausschuss erfolgt monatlich durch den Bereich Betriebswirtschaft.

Es beinhaltet folgende Darstellungen und ggf. erforderliche Kommentierungen:

- Darstellung der vergebenen Limite und die Auslastung anhand eines Ampelsystems
- Erhebung des aktuellen Risikodeckungspotenzials und Überprüfung der Risikotragfähigkeit
- Erhebung der möglichen Risikodeckungspotenziale des Folgejahres aus den Simulationsergebnissen der laufenden Risiken für erwartete und unerwartete Wertänderungen mit Darstellung der jeweiligen Risikotragfähigkeit ab 31. März.
- Auslastung erwartete und unerwartete Wertänderung Handelsgeschäfte laufendes Jahr aufgrund Ratingverschiebung inkl. Eventrisiko
- Limitauslastung aufgrund Neugeschäftsplanung Handelsgeschäfte
- Verlustfreie Bewertung zinsbezogener Geschäfte des Bankbuchs inkl. Szenariobetrachtung

Vierteljährlich

- Risikokonzentrationen (risikoartenübergreifend)

Die Information des Verwaltungsrats erfolgt vierteljährlich.

Risikostrategie

Beim Umgang mit unseren Geschäftsrisiken verfolgen wir auf Basis der Risikotragfähigkeit eine Risikostrategie, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist:

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Risiken und für die Umsetzung der Risikostrategie und baut dabei auf das risikobewusste Verhalten aller Mitarbeiter.
- Die Risikostrategie berücksichtigt die in der Geschäftsstrategie niedergelegten Ziele und Planungen der wesentlichen Geschäftsaktivitäten und die Risiken wesentlicher Auslagerungen. Sie umfasst auch die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie bestehende Risikokonzentrationen einschließlich Ertragskonzentrationen.
- Mit Hilfe installierter Risikolimits und effizienter Kontrollsysteme soll der Ertrag sichergestellt und das Vermögen der Sparkasse geschützt werden. Durch die Festlegung von Risikotoleranzen wurde bestimmt, zu welchen Bedingungen wir bereit sind, Risiken einzugehen.
- Innerhalb ihres Bereichs obliegt es unseren Führungskräften ein entsprechend den Vorgaben des Vorstands orientiertes Verhältnis von Risiken zu erzielten Erträgen einzugehen. Es sollen nur Risiken mit einem für unsere Sparkasse günstigen Verhältnis von Risiko zu Ertrag übernommen werden. Risiken mit ungünstiger Relation sollen vermieden, vermindert oder kompensiert werden. Die eingesetzten Kontrolleinheiten haben dies zu überwachen.
- Bei neuen Geschäftsaktivitäten sind angemessene Analysen hinsichtlich organisatorischer Umsetzbarkeit, rechtlicher Konsequenzen und deren Risikogehalt durchzuführen.
- Die zuständigen Entscheidungsträger müssen die erforderlichen Informationen vollständig und zeitnah zur Verfügung gestellt bekommen.
- Aufsichtsrechtliche und gesetzliche Normen müssen jederzeit erfüllt werden.
- Grundsätzlich sind alle Betriebsabläufe durch die Interne Revision zu prüfen.

- Die Risikostrategie mit Teilrisikostrategien wird mindestens jährlich oder anlassbezogen überprüft und sukzessive weiterentwickelt.

4.1.2 Adressenausfallrisiken und Beteiligungsrisiken

Als Adressenausfallrisiken bezeichnet man die Gefahr eines teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich zugesagter Leistungen durch die Geschäftspartner aufgrund der Verschlechterung ihrer Bonität oder deren Zahlungsunfähigkeit.

Kundengeschäft

Da das Kundenkreditgeschäft ein wesentliches Kerngeschäft der Sparkasse bildet, ist das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Überwachung und Steuerung dieser Risiken eine Kernkompetenz der Sparkasse.

In der Kreditrisikostrategie wird für die Geschäftssegmente das Risiko differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen dargestellt. Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Kundengeschäfts geschieht unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements. Der Vorstand räumt der Risikobegrenzung im Kundenkreditgeschäft einen hohen Stellenwert ein. Der Begrenzung wird dadurch Rechnung getragen, dass das geplante Wachstumsziel für das Geschäftsjahr 2018 gemäß Festlegung in der Kreditrisikostrategie mit Kunden guter Bonität erzielt werden soll. Insofern steht ein möglichst risikominimiertes Kreditgeschäft im Vordergrund. Der Kreditausschuss der Sparkasse beschließt über die Zustimmung zur Übernahme bedeutender Risiken.

Der zum 31. Dezember 2017 bestehende Gesamtbetrag der klassischen Kundenkreditforderungen (Bruttobestand) verteilt sich zu 41 % auf Privatkunden, zu 57 % auf Unternehmen sowie zu 2 % auf öffentliche Haushalte. Schwerpunkte der Kreditvergaben an Unternehmen bilden dabei die Branche Grundstücks- und Wohnungswesen mit einem Anteil von 22 % und das verarbeitende Gewerbe mit einem Anteil von 20 %.

Bonitätsbeurteilung

Wir verfügen über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen. Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Zentrale Bedeutung für die kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken hat die Bonitätsbeurteilung. Zur Steuerung der Kreditrisiken setzen wir grundsätzlich die Verfahren der S-Rating und Risikosysteme GmbH ein. Für alle Firmen- / Gewerbe- / Geschäftskunden sowie Freiberufler ab einem Kreditobligo von 500 TEUR verwenden wir das Standard-Rating. Für Bauträger, Wohnungsbaugesellschaften und Investoren findet ab einem Kreditobligo von 750 TEUR das Immobiliengeschäftsrating Anwendung. Dabei basiert die quantitative Bonitätsbeurteilung auf einer systemgestützten Analyse der Jahresabschlüsse in Verbindung mit einem mathematisch-statistischen Ratingmodell. Das Ergebnis wird ergänzt durch die Beurteilung der Geschäftsentwicklung, der Kapitaldienstfähigkeit, der Qualität und Aktualität der vorliegenden Unternehmenszahlen sowie im Immobiliengeschäftsrating zusätzlich durch diverse Objektdaten. Darüber hinaus werden jeweils qualitative Faktoren wie die Unternehmensführung, die Marktstellung, das Produkt- und Leistungsangebot und die Branchenaussichten bewertet. Für Firmen- / Gewerbe- / Geschäftskunden sowie Freiberufler bis zu einem Kreditobligo von 500 TEUR wird das automatisierte

Kundenkompaktrating verwendet. Im privaten Kreditgeschäft wird das Instrument Kunden-Scoring eingesetzt. Für öffentliche Kreditnehmer steht das Verfahren Rating öffentlicher Stellen zur Verfügung. Die Risikoklassifizierung von Corporates ab einem Konzernumsatz von mehr als 500 Mio EUR basiert auf einem internen RSU-Rating der LBBW.

Zur Analyse der vorgelegten Jahresabschlüsse der Kreditnehmer setzen wir des Weiteren die von der Sparkassenorganisation angebotenen Systeme EBIL (Einzelbilanzanalyse) und STATBIL (Statistische Bilanzanalyse) ein. Die Bonitätsbeurteilung erfolgt durch erfahrene Kreditanalysten unter Einbeziehung der Informationen der Kundenberater.

Die nachstehende Übersicht zeigt die prozentuale Verteilung unseres mit Rating- und Scoringverfahren beurteilten Kundenkreditportfolios (klassisches Bruttokundenkreditvolumen einschließlich Schulscheindarlehen, d. h. ohne Wertpapiere, Derivate und Beteiligungen) nach Ratingklassen zum 31. Dezember 2017 im Vergleich zum Vorjahr:

DSGV-Ratingklasse	1 bis 6	7 bis 10	11 bis 15	16 bis 18	ungeratet
Ausfallwahrscheinlichkeit in %	bis 0,60	0,90 – 3,00	ab 4,40	Ausgefallen / wertberichtigt	
Einstufung Kundenkreditvolumen per 31.12.2017 (Bruttobestand in %)	70,5	18,5	6,3	3,9	0,8
Einstufung Kundenkreditvolumen per 31.12.2016 (Bruttobestand in %)	66,4	20,8	6,7	4,9	1,2

(DSGV = Deutscher Sparkassen- und Giroverband ö.K.)

Soweit uns Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine außerordentliche Überprüfung.

Problembehaftete Engagements werden einer Intensivbetreuung zugeordnet. Hierzu wurden Kriterien festgelegt (Frühwarnsystem). Ausfallgefährdete (Sanierungs-) Engagements und notleidende Engagements werden durch den Bereich Kreditbetreuung / Recht betreut.

Entscheidend für die Bonitätseinstufung sind die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die daraus ermittelte Zahlungsfähigkeit. Die Entscheidung über die im Einzelfall zu bildende Risikovorsorge orientiert sich an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden. Zusätzlich erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch erwartet werden. Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Direktabschreibungen werden per Antrag kompetenzgerecht entschieden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit und ggf. daraus resultierende Anpassungen. Bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers oder bei Kreditrückführung erfolgt eine Auflösung der Risikovorsorge. Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt bei der Sparkasse in einem zentralen System. Ergänzend werden die Risiken aus dem Mengenkreditgeschäft (Kreditnehmerobligo Gesamtinanspruchnahme bis 50 TEUR bzw. Gesamtinanspruchnahme größer 50 TEUR bei Blankoanteil kleiner 5 TEUR sowie bei notleidenden Engagements mit Gesamtinanspruchnahme kleiner 3 TEUR) über eine pauschale Mengen-

Einzelwertberichtigung abgesichert. Für latente Ausfallrisiken haben wir Pauschalwertberichtigungen gebildet. Darüber hinaus bestehen Vorsorgen für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB sowie Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorgen geregelt.

Die Risikovorsorge im Berichtsjahr 2017 entwickelte sich wie folgt:

	Anfangsbestand der Periode	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen	Endbestand
TEUR						
EWB	35.852	5.273	5.244	7.128	-	28.753
Rückstellungen	206	194	75	-	-	325
PWB	1.394	620	-	-	-	2.014

Portfolioanalyse und -steuerung

Das Adressenausfallrisiko für die Risikotragfähigkeit wird mit Hilfe des Kreditrisikomodells „Credit Portfolio View Periodikmodul“ (CPV) durch den Bereich Marktfolge Aktiv, Gruppe Kreditsekretariat, berechnet.

Neben der Ermittlung der erwarteten und unerwarteten Wertänderung aus Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft erfolgt eine regelmäßige Analyse, Bewertung und Steuerung des Kundenkreditportfolios. Das Risikomaß Value-at-Risk (VaR) bezeichnet hier die Abweichung vom erwarteten Verlust, die bei einem Risikohorizont von einem Jahr und einer Wahrscheinlichkeit von 95 % nicht überschritten wird. Hierbei werden neben Portfoliodaten auch übergreifende Parameter wie z. B. Migrationsmatrizen, Branchenkorrelationen, Einbringungs- und Verwertungsquoten sowie makroökonomische Einflüsse berücksichtigt. Des Weiteren erfolgt eine risikoadjustierte Bepreisung von Krediten in Abhängigkeit von der Bonität.

Der erwartete und unerwartete Verlust wird gemeinsam limitiert (24,0 Mio EUR). Die Differenz des Gesamtlimits „Adressenausfallrisiko aus dem Kundengeschäft“ zum Unterlimit für erwartete Verluste entspricht der dynamisierten Limitvergabe für das (Unter-)Limit unerwartete Wertänderungen.

Der zum 31. Dezember 2017 berücksichtigte VaR lag bei 9,8 Mio EUR (Limitauslastung 61,4 %).

Das Kundenkreditportfolio unserer Sparkasse ist gekennzeichnet durch eine gute Diversifizierung sowohl nach Größen- und Ratingklassen, als auch nach Branchen. Die Länderrisiken sind vor dem Hintergrund ihrer Größe als gering einzustufen. Risikokonzentrationen sehen wir im Bereich der Branche „Kreditinstitute“ und bezüglich der Adressen LBBW (inkl. Beteiligungen), Land Niedersachsen (inkl. Norddeutsche Landesbank (NordLB)), der DekaBank Deutsche Girozentrale (DekaBank) und beim Fonds „Domus-Einzelhandel-Deutschland“. Adressenausfallrisikokonzentrationen im Kundengeschäft sehen wir zudem bei 13 Kreditnehmereinheiten. Diese Risikokonzentrationen werden von uns bewusst eingegangen und gesteuert.

Vor dem Hintergrund der sich aus den Bonitätsbeurteilungssystemen ergebenden Erkenntnisse und auf Basis des ermittelten VaR aus dem Modell CPV, der per 31. Dezember 2017 das gemeinsame Limit Adressenausfallrisiken Kundengeschäft

mit 17,9 Mio EUR bzw. 74,4 % ausgelastet hat, gehen wir von einer als günstig einzustufenden Risikolage im Kreditgeschäft aus.

Eigengeschäfte

Zur Begrenzung der Adressenausfallrisiken aus Eigengeschäften bestehen Limite je Partner (Emittenten- / Kontrahenten- bzw. in der Fondsdurchschau Limite für Gruppe verbundener Kunden (GvK) ab Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 2,5 Mio EUR). Diese Risiken werden durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner nach den Regeln der Kreditwürdigkeitsprüfung sowie durch die Limithöhe begrenzt.

Zusätzlich werden die Risiken in unserem Spezialfonds Tauberfranken 3 (TBF 3) über die Anlagerichtlinien grundsätzlich auf maximal 750 TEUR je GvK begrenzt. Höhere Volumen je GvK werden mit individuellen Limiten festgelegt und dem Fondsmanagement mitgeteilt.

Die Auslastungen der Limite werden durch die Bereiche Betriebswirtschaft (Emittenten- und Kontrahentenlimite) und Marktfolge Aktiv, Gruppe Kreditsekretariat, (Fondsdurchschau GvK) berechnet.

Die Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen im Buchwert (BW) von 863,1 Mio EUR. Wesentliche Positionen:

- | | |
|---|---------------|
| • Schuldverschreibungen und Anleihen | 444,5 Mio EUR |
| • Wertpapierspezialfonds | 72,3 Mio EUR |
| • sonstige Investmentfonds | 93,3 Mio EUR |
| • Termingeldanlagen | 150,0 Mio EUR |
| • Schuldscheindarlehen und Namenspfandbrief | 103,0 Mio EUR |

Die durch die Sparkasse gehaltenen Wertpapiere und getätigten Anlagen, als auch die direkten Rentenanlagen im Spezialfonds über zusammen 459,1 Mio EUR verfügen über die DSGVO-Ratingklasse 1 mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) von 0,01 % bis 0,09 %. Darüber hinaus werden weitere 148,0 Mio EUR mit DSGVO-Ratingklasse 2 (PD 0,12 %) und 104,4 Mio EUR mit DSGVO-Ratingklasse 4 (PD 0,30 %) an Wertpapieren und Anlagen gehalten. Alle Positionen sind somit im Bereich des Investmentgrades.

Keine Ratings liegen bei Anteilen an Investmentfonds vor, die als Publikumsfonds direkt bzw. innerhalb eines Spezialfonds angelegt sind. Die Anlagerichtlinien des Spezialfonds begrenzen den Bestand an Aktienanlagen auf 27 % des Fondsvermögens.

Die periodisch erwarteten Ausfallbeträge aus Adressenrisiken der Kreditnehmer aus Handelsgeschäften werden über die aktuellen Ratingnoten anerkannter Rating-Agenturen, mit Hilfe der Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem Standardrating, über eine Migrationsmatrix abgebildet. Bei Fonds erfolgt eine Ratingzuordnung über die Risikogewichtung aus dem CRR-Standardansatz. Bei Immobilienfonds erfolgt nur die Berücksichtigung des Liquiditätsanteils, da diese Fonds ansonsten keine Adressenausfallrisiken haben. Die unerwarteten Wertänderungen werden durch eine Verschlechterung um zwei Ratingnoten bzw. ab Ratingnote 5 um ein zusätzliches restlaufzeitabhängiges Eventrisiko in Höhe von bis zu 30 % des Nominalwerts bei verzinslichen Handelsgeschäften berechnet.

Die Berechnung der Limitauslastung erfolgt durch den Bereich Betriebswirtschaft. Zum 31. Dezember 2017 für 2018 war das Limit mit ca. 1,8 Mio EUR bzw. 31,9 % ausgelastet. In 2017 lag die Limitauslastung zwischen 31,9 % und 48,1 %. Aufgrund der aktuellen Höhe des erwarteten und des unerwarteten Adressenrisikos ist von einer als

noch günstig einzustufenden Risikosituation auszugehen. Die eingesetzten Instrumente versetzen uns in die Lage die Adressenausfallrisiken zu steuern.

Zum Aufzeigen und Steuern von Risikokonzentrationen wurden Schwellenwerte je zulässiger Kreditart (einschließlich Beteiligungen) pro GvK definiert. Erreichen oder überschreiten bei einer GvK die zusammengefassten Bestände derselben Kreditart (gilt bereits für eingeräumtes Limit) einen definierten Schwellenwert, werden die Limitstruktur und das Gesamtengagement im Kreditrisikobericht dargestellt. Die Schwellenwerte je Kreditart wurden so gewählt, dass in der Summe der Schwellenwerte aller zulässigen Kreditarten pro GvK ein unseres Erachtens tragbares Risiko eingehalten wird.

Die Länderrisiken sind als gering einzustufen.

Beteiligungen

Die Gefahr eines finanziellen Verlustes aufgrund von Wertminderungen des Beteiligungsportfolios wird als Beteiligungsrisiko bezeichnet. Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes aus Substanzminderung besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlagen. Darüber hinaus besteht das Risiko steigender Umfragen wegen nicht gedeckter Aufwendungen beim SVBW.

Bei den Verbundbeteiligungen der Sparkasse handelt es sich um strategische Beteiligungen. Sie dienen insbesondere der Stärkung des Sparkassenfinanzverbunds und dem Ausbau der Vertriebskanäle für die Produkte der Verbundunternehmen. Die Verbundbeteiligungen sollen den Geschäftszweck der Sparkasse langfristig unterstützen. Teilweise werden die Beteiligungen auch indirekt über den SVBW gehalten. Daneben bestehen weitere Beteiligungen als Kreditbeteiligung, eine weitere strategische Beteiligung sowie eine Funktionsbeteiligung; diese sind jedoch von untergeordneter Bedeutung. Das Beteiligungsportfolio beläuft sich in Höhe des Vorjahreswertes insgesamt auf 28,0 Mio EUR.

In der Geschäfts- und Beteiligungsstrategie haben wir die Ziele und Rahmenbedingungen für die Beteiligungen festgelegt. Die Beteiligungsrisiken werden angemessen in das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse einbezogen. Das Beteiligungscontrolling erfolgt für die Verbundbeteiligungen durch den SVBW und für die sonstigen Beteiligungen durch den Bereich Marktfolge Aktiv, Gruppe Kreditsekretariat. Für das Beteiligungsrisiko werden für unerwartete Wertänderungen mögliche geschätzte Wertkorrekturen angesetzt. Die Methoden der Risikoermittlung werden regelmäßig überprüft und weiterentwickelt. Die Beteiligungsrisiken werden zusätzlich über Stressszenarien abgebildet. Neben der Risikoquantifizierung erfolgt zusätzlich eine qualitative Beurteilung der Unternehmensentwicklung, der strategischen Ausrichtung sowie der Marktstellung des jeweiligen Beteiligungsunternehmens. Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass wir ausreichend über die Situation bei den einzelnen Beteiligungsunternehmen unterrichtet sind.

Unser Risiko aus den Beteiligungen zum 31. Dezember 2017 belief sich auf 5,2 Mio EUR (Limitauslastung 87,2 %) und ist als moderat einzustufen. Das Limit war in 2017 zwischen 87,2 % und 89,8 % ausgelastet. Insgesamt betrachtet konzentriert sich das Beteiligungsrisiko der Sparkasse derzeit vor allem auf die großen Verbundbeteiligungen (LBBW, Sparkassenversicherung, SVBW).

Weitere Informationen zu den Verbundbeteiligungen sind dem Anhang des Jahresabschlusses zu entnehmen. Unter Berücksichtigung des Gesamtkreditengagements besteht eine Risikokonzentration bezüglich der Adresse LBBW und DekaBank.

Berichtswesen

Der Notwendigkeit eines angemessenen und zeitnahen Risikoinformationswesens tragen wir durch den Kreditrisikobericht Rechnung, der dem Vorstand und dem Verwaltungsrat vierteljährlich vorgelegt wird. Der vom Bereich Marktfolge Aktiv erstellte Kreditrisikobericht bildet mit den anderen eingesetzten Systemen die Basis unserer Kreditentscheidungsprozesse und ermöglicht es uns, das Risikoportfolio zu bewerten und zu steuern.

Er beinhaltet folgende Darstellungen und ggf. erforderliche Kommentierungen:

- zur Portfoliozusammensetzung nach Ratingkennziffern, Branchen, Sicherheiten und Größenklassen
- zu den festgelegten internen Limiten
- zum Umfang der den Kunden extern zugesagten Linien
- zu bestehenden Großkrediten und sonstigen bemerkenswerten Engagements (z. B. Sanierungs- und Abwicklungsengagements sowie Kredite in der Intensivbetreuung)
- zu bedeutenden Limitüberschreitungen und deren Gründe
- zur Entwicklung des Neugeschäfts
- zur Entwicklung der Risikovorsorge
- zu wesentlichen Kreditentscheidungen, soweit sie von unserer Risikostrategie abweichen oder die vom Vorstand im Rahmen seiner Krediteinzelkompetenz bei abweichenden Voten entschieden wurden oder Entscheidungen, die vom nicht für den Markt zuständigen Vorstandsmitglied im risikorelevanten Geschäft getroffen wurden
- zu Risikokonzentrationen / Überschreitung festgelegter Schwellenwerte
- zu Ad-hoc-Meldungen
- zu Länderrisiken
- zu Beteiligungen
- zu Handlungsvorschlägen

Darüber hinaus erhält der Vorstand monatlich eine Gesamtübersicht der Girokontoüberziehungen unter besonderer Hervorhebung von größeren Einzelüberziehungen und Darlehensrückständen.

4.1.3 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus den Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen der Zinssätze und Kurse ergeben. Marktpreisrisiken werden gesteuert mit dem Ziel, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten. Die Marktpreisrisiken bewegen sich innerhalb des Rahmens der geschäftspolitischen Zielsetzungen.

Währungsrisiken aus offenen Fremdwährungspositionen sind bei der Sparkasse nur von untergeordneter Bedeutung. Offene Positionen werden i.d.R. durch gegenläufige Geschäfte abgesichert. Fremdwährungsrisiken aus Fonds sind über das Messverfahren des Fondspreisrisikos enthalten. Diese Marktpreisrisiken bewegen sich innerhalb des Rahmens der geschäftspolitischen Zielsetzungen.

Zur Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisikokonzentrationen (Gesamtbeurteilung nach Risikokategorien, barwertiges Zinsänderungsrisiko und Kursrisiko) haben wir Schwellenwerte festgelegt.

Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften des Handels- und Anlagebuchs

Für die Handelsgeschäfte der Sparkasse werden die Marktpreisrisiken börsentäglich auf Basis aktueller bzw. theoretischer Marktpreise und möglichen Marktpreisveränderungen durch den Bereich Betriebswirtschaft, Gruppe Risikocontrolling ermittelt und auf die aus dem Risikotragfähigkeitskonzept abgeleiteten Limite angerechnet. Die potenziellen negativen Marktpreisveränderungen aus Handelsgeschäften werden auf Basis von Szenarioanalysen mit Verrechnung von stillen Reserven pro Einzeltitel gemessen und überwacht. Zur Berechnung des Marktpreisrisikos wird im Risikocontrolling das Programmsystem SimCorp Dimension eingesetzt. Bei Überschreiten der Limite ist der Überwachungsvorstand durch die Risikocontrolling-Funktion zu informieren. Dieser führt unverzüglich einen Vorstandsbeschluss über die weitere Vorgehensweise herbei. Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6,9 % reduziert.

Der Risikoausschuss erarbeitet hierfür vierteljährlich mindestens vier Zinsszenarien für unerwartete Wertänderungen (Normal-Case). Als Grundlage für die Szenariobetrachtung dient die jährliche Veränderung an der Pfandbriefkurve mit einer Historie ab Januar 1988.

Zusätzlich zu den Zinsszenarien verwenden wir zur Berechnung der Marktpreisrisiken segmentspezifische Spreadrisiken (Credit-Spreads). Die Credit-Spreads werden mindestens einmal pro Jahr für verschiedene Assetklassen, Haltedauern (bis zu zwei Jahre) und Konfidenzniveaus (u. a. 95,0 % / 99,0 %) seitens des DSGV geprüft, aktualisiert und den Sparkassen zur Verfügung gestellt. Die Daten mit Historie ab Januar 2006 (u. a. Subprime-Krise, Lehmann-Pleite und europäische Staatsschuldenkrise) enthalten Veränderungen von Renditen (Credit-Spread) spreadabhängiger Wertpapiere als auch auf Credit-Spreads auf Basis von indexierten Zeitreihen. Die Prüfung bzw. Plausibilisierung erfolgt im Rahmen des Backtestings.

Das schlechteste Ergebnis Marktpreisrisiko (Zinsspanne und Kurs) dieser Szenarien bis Ende des Folgejahrs wird bei der Ermittlung der Auslastung der periodischen Risikotragfähigkeit verwendet, wobei das potenzielle Neugeschäft ggf. mit berücksichtigt wird.

Aktuell wird das Risiko mit dem Zinsanstiegsszenario DSGV-Grenzzenario PPP zzgl. Spreadanstieg Konfidenzniveau 95 % und Haltedauer bis Jahresende ermittelt.

Für Fonds werden monatlich die hochskalierten Risikokennzahlen von den Fondsgesellschaften (i. d. R. VaR Haltedauer zehn Tage, Konfidenzniveau 95,0 %, Historie mindestens 1250 Tage) auf 250 Tage Haltedauer angesetzt. Beim Spezialfonds wird zusätzlich ein VaR auf Basis der Einzeltitel ermittelt, wobei der höchste Risikowert zum Ansatz kommt. Abweichend von den Risikowerten der Fondsgesellschaften wird bei unseren Immobilienfonds zusätzlich ein Aufschlag von derzeit 1,0 % für den Liquiditätsanteil in den Fonds angesetzt. Bei Bedarf erfolgen weitere Risikoaufschläge.

Termingeldanlagen mit einer Ursprungslaufzeit von unter einem Jahr und bis zu einem Gesamtvolumen in Höhe von 250,0 Mio EUR sind nicht in der Risikosteuerung enthalten, da hier eine Dauerhalteabsicht bis zur Fälligkeit besteht. Sofern ein Risiko bis zum Risikobetrachtungshorizont 31. Dezember besteht, wird dieses im Monatsreport MaRisk für Handelsgeschäfte mit Risikopotenzial und Marktwertveränderung nachrichtlich dargestellt.

Die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich in 2017 jederzeit innerhalb des Rahmens des von uns vorgegebenen Limitsystems. Einzelne Limite wurden unterjährig verändert. Zum Jahresende 2017 war das Marktpreisrisikolimit für Kursrisiken aus Handelsgeschäften mit 11,4 Mio EUR bzw. 34,3 % ausgelastet, sodass wir

von einer als noch günstig einzustufenden Risikosituation ausgehen. Die Limitauslastung in 2017 bewegte sich zwischen 23,4 % und 61,8 %.

Das System und die Validität der Prognosewerte werden durch ein regelmäßiges Backtesting überprüft und ständig verfeinert.

Zur Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisikokonzentrationen (Kursrisiko) bei Handelsgeschäften für erwartete und unerwartete Wertänderungen der untergliederten Profitcenter / Assets z. B. Fonds (Immobilien-, Renten-, Spezialfonds) und Wertpapiere bzw. Geldanlagen (festverzinslich, variabel verzinslich, bewertungsfrei (bew.frei) und bewertungspflichtig (bew.pfl.)) haben wir Schwellenwerte festgelegt. Zusätzlich werden je Emittent die Spreadrisiken ermittelt und Überschreitungen mittels Schwellenwerten aufgezeigt.

Berichtswesen

Folgende Daten bzw. Unterlagen werden dem Vorstand, dem Bilanzstrukturmanagement und dem Risikoausschuss (keine börsentäglichen Reports) als Risikoinformationen mittels der Marktpreisrisikoberichte „Handelsgeschäfte“ durch das Risikocontrolling zur Verfügung gestellt:

börsentäglich:

- Marktpreisrisiken des Handels- und des Anlagebuchs
- Risiko- und Ergebnisentwicklung der einzelnen Profitcenter und deren Instrumenten des Handelsgeschäfts
- Bedeutende Limitüberschreitungen
- Änderungen der wesentlichen Annahmen oder Parameter

monatlich:

- Aufgliederung nach Zins- und Spreadrisiken bei verzinslichen Titeln
- Darstellung der schwebenden Geschäfte (Direktbestand)
- Bericht über Auslastungen der einzelnen Emittentenlimite
- Granularer Risikoausweis des Spezialfonds
- Umsätze der Handelsgeschäfte im Berichtsmonat

vierteljährlich:

- Risikokonzentrationen

Die Information des Verwaltungsrats erfolgt vierteljährlich.

Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch

Die Zinsspannenrisiken werden vom Bereich Betriebswirtschaft ermittelt.

Das periodische Zinsspannenrisiko wird regelmäßig mit dem Simulationstool GuV-Planer (Konzept gleitender Durchschnitte variabler Positionen) mit verschiedenen Zinsszenarien ermittelt (bezüglich verwendetem Szenario siehe Abschnitt Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften des Handels- und Anlagebuchs).

Zum Jahresende 2017 beläuft sich das Zinsspannenrisiko für das Folgejahr auf 2,3 Mio EUR und hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag reduziert.

Aufgrund des vorhandenen Geschäftsumfangs und dem bestehenden Risikogehalt erfolgt eine vierteljährliche Bewertung und Ermittlung des Zinsspannenrisikos.

Neben der periodischen Betrachtung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung setzen wir zur Feinsteuerung des Zinsspannenrisikos ergänzend ein wertorientiertes Verfahren ein (Anwendung sDISPlus). Dabei werden ein Konfidenzniveau von 95,0 %, eine Haltedauer von drei Monaten und der Beobachtungszeitraum von 1988 bis 2016 zugrunde gelegt.

Der ermittelte VaR zum Jahresende belief sich auf 7,2 % (Vorjahr 7,6 %). In 2017 bewegte sich der VaR zwischen 6,5 % und 7,5 %. Die Risikoreduzierung ist im Wesentlichen auf Zinsbuchswaps zurückzuführen.

Darüber hinaus wird mit Hilfe dieses Instruments die risikoadjustierte Performancekennzahl RORAC (Return On Risk Adjusted Capital) monatlich ermittelt, bei der die Mehrperformance in Relation zum Risiko des Portfolios gesetzt wird. Die RORAC-Kennzahl betrug zum Jahresende 2017 15,8 (Vorjahr 13,5).

In 2017 kam es ganzjährig zu Limitüberschreitungen, die bewusst eingegangen wurden, um langfristig höhere Erträge erzielen zu können. Zinsänderungsrisiken bestehen in erster Linie bei steigenden Marktzinsen.

Der Zinsrisikokoeffizient gemäß § 25a Abs. 2 KWG in Verbindung mit dem BaFin-Rundschreiben vom November 2011 (Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung um +/- 200 Basispunkte) belief sich zum 31. Dezember 2017 bei steigenden Zinsen für unsere Sparkasse auf 23,8 % (Vorjahr 26,3 %) (Verhältnis der negativen Barwertänderung des Zinsbuchs zu den regulatorischen Eigenmitteln).

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung wurden zur Feinsteuerung und Absicherung von Zinsänderungsrisiken auch Zinsbuchswap (55 Mio EUR) eingesetzt. Die Risiken bewegen sich innerhalb des Rahmens der geschäftspolitischen Zielsetzungen.

Risiken für die künftige Ertragslage sehen wir insbesondere in der Entwicklung des Zinsüberschusses, dessen Transformationsbeitrag maßgeblich von der Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten beeinflusst wird. Zudem erwarten wir durch die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittel weitere Einschränkungen für das zum Eingehen von Risiken benötigte Risikodeckungspotenzial. Diese Faktoren haben wir in unserer Ertragsprognose für den Zinsüberschuss bereits berücksichtigt.

Berichtswesen

Folgende Daten bzw. Unterlagen werden dem Vorstand, dem Bilanzstrukturmanagement und dem Risikoausschuss als Risikoinformationen mittels der Marktpreisrisikoberichte „Zinsänderungsrisiken“ durch den Bereich Betriebswirtschaft zur Verfügung gestellt:

monatlich:

- Risiko- und Ergebnisentwicklung (VaR inkl. Zeitvergleich / Benchmarkvergleich, RORAC-Kennzahl, Abweichungslimit inkl. Zeitvergleich, Zinsrisikokoeffizient der BaFin, Performance ex ante und ex post-Zeitvergleich)
- Auslastung der wertorientierten Limite
- Änderungen der wesentlichen Annahmen oder Parameter
- Entwicklung des Zinsrisikokoeffizienten
- Ermittlung der Auslastung des Prüfkriteriums „Institute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“
- Ermittlung des Koeffizienten SREP
- Ermittlung der Auslastung des Sparkassen-Risikomonitorings (in Anlehnung an das DSGVO-Risikomonitoring)
- Wesentliche Zinsänderungsrisiken in Fremdwährung

vierteljährlich:

- Entwicklung des periodischen Zinsänderungsrisikos auf Basis verschiedener Zinsszenarien
- Risikokonzentrationen

Die Information des Verwaltungsrats erfolgt vierteljährlich.

4.1.4 Liquiditätsrisiken

Das Risiko, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können (Termin- und Abruftrisiken; Liquiditätsrisiken im engeren Sinne) sowie die Gefahr, im Falle unzureichender Marktliquidität in einzelnen Produkten nicht oder nicht zu erwarteten Konditionen kontrahieren zu können (Marktliquiditätsrisiken), wird ebenfalls im Rahmen des Risikomanagements und -controllings gesteuert. Das Refinanzierungsrisiko repräsentiert die Gefahr, dass erforderliche Anschlussfinanzierungen bzw. zusätzliche Refinanzierungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Konditionen beschafft werden können.

Dem Liquiditätsrisiko, das die vorgenannten Ausprägungen beinhaltet, wird durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva vorgebeugt. Als Grundlage für die Planung und Steuerung der Liquidität dienen der Sparkasse der Liquiditätsstatus und die Liquiditätsbilanz aus der Finanzplanung.

Der aktuelle Liquiditätsstatus wird auf täglicher Basis von dem Bereich Betriebswirtschaft gemessen und dient der Disposition der täglichen Liquidität durch den Treasury / Handel. Zur frühzeitigen Erkennung von großen Liquiditätsabflüssen werden diese täglich vom Bereich Betriebswirtschaft fortgeschrieben und überwacht. Bei Überschreitung von definierten Schwellenwerten bei Liquiditätsabflüssen in einem bestimmten Zeitraum ist der Treasury / Handel unverzüglich zu informieren. Nach Überprüfung und Beurteilung ist durch den Treasury / Handel ggf. der Notfall auszusprechen. Daneben wird täglich auf der Basis von Erfahrungswerten in den Mindestreservezeiträumen eine Feinsteuerung der Liquidität unter Einbeziehung aller in diesem Zeitverlauf eintretenden Fälligkeiten / Anlagen aus Eigengeschäften und bekannten Großkundengeschäften durch den Bereich Betriebswirtschaft vorgenommen.

Gegenstand der vom Bereich Betriebswirtschaft erstellten Zwölf-Monats-Finanzplanung auf Basis der Liquiditätsbilanz ist eine auf Monatsdurchschnittswerten bezogene, portfolioübergreifende Darstellung von zukünftigen Zahlungsströmen, auf deren Basis der Liquiditätsbedarf oder -überschuss je Monat ermittelt wird. Diesen sind die noch zur Verfügung stehenden gesicherten Refinanzierungsmittel (z. B. Refinanzierungsmöglichkeit durch Offenmarktgeschäfte) jeweils gegenübergestellt. Unterschreitet die Differenz der gesicherten Refinanzierungsmittel und dem Liquiditätsbedarf-Saldo in der Überwachungsphase (drei Folgemonate) die mit einer Ampelfunktion versehenen Schwellenwerte, sind in einem abgestuften Verfahren entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Zusätzlich wird noch eine Szenarioberechnung für unerwartete Liquiditätsveränderungen durchgeführt. In dieser Berechnung werden unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Kursrückgang bei börsennotierten Wertpapieren, berücksichtigt. An liquiditätsmäßig engen Märkten ist die Sparkasse nicht investiert.

Zur Messung und Limitierung des Liquiditätspuffers orientieren wir uns an den Anforderungen des § 11 KWG in Verbindung mit der LiqV, den MaRisk und der täglich einzuhaltenden Liquiditätsdeckungsquote (LCR). Das Refinanzierungsrisiko wird auf Basis eines angenommenen Abzugs von Kundeneinlagen quantifiziert, der über den Kapitalmarkt zu gestiegenen Kosten refinanziert werden muss.

Mittels des Programms Lima wird zusätzlich eine Szenariobetrachtung für unerwartete Liquiditätsveränderungen zur Entwicklung der Liquiditätskennziffer durchgeführt. Die Überwachung der monatlichen Liquiditätskennziffer erfolgt mittels definierten Schwellenwerten über ein Ampelsystem durch den Bereich Betriebswirtschaft, in dem in einem abgestuften Verfahren entsprechende Maßnahmen einzuleiten sind. Durch

die Messungen und Überwachung sind wir in der Lage, einen Liquiditätsbedarf rechtzeitig zu erkennen und zu decken. Handlungsalternativen für einen sich abzeichnenden Liquiditätsengpass sowie ein Notfallplan für einen tatsächlichen Liquiditätsengpass wurden definiert.

Wie es auch die Liquiditätskennziffer im Abschnitt Finanzlage zeigt, verfügt unsere Sparkasse insgesamt über eine gute Liquiditätsposition. Eine wesentliche Grundlage hierfür ist unser Bestand an liquiden Wertpapieren, der Möglichkeit der kurzfristigen Geldaufnahme bei der Deutschen Bundesbank und bei Landesbanken (jedoch keine feste Zusage der Kreditlinie). Darüber hinaus werden bei der Deutschen Bundesbank zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben unterhalten. Beim Erwerb von liquiden Wertpapieren werden die aktuellen Kenntnisstände aus den neuen aufsichtsrechtlichen Liquiditätsdeckungsanforderungen (LCR) berücksichtigt.

Bei den durchgeführten Szenarioberechnungen ergibt sich weiterhin eine gute Liquiditätssituation.

Wir stufen uns beim Liquiditätskostenverrechnungssystem weiterhin als „Institut mit kleinteiligem Kundengeschäft und stabiler Refinanzierungsstruktur“ ein. Auf Ebene von Bilanzpositionen werden nachträglich die Liquiditätsbeiträge ermittelt und zusammengefasst für Aktiv und Passiv dargestellt. Dabei haben wir eine passive Unterdeckung festgestellt. Hier besteht das Risiko, dass die Kosten der Liquiditätsbeschaffung in Zukunft höher ausfallen. Insgesamt sind die Liquiditätsbeiträge positiv.

Ferner haben wir Schwellenwerte für Risikokonzentrationen in der Liquiditätsbeschaffung (Veräußerung liquider Aktiva bzw. verbindlich zur Verfügung gestellte Kreditlinien) je Geschäftspartner definiert. Dies soll bei sich abzeichnenden Einschränkungen bzw. Wegfall von einzelnen Liquiditätsquellen frühzeitige Gegenmaßnahmen ermöglichen.

Berichtswesen

Die Risikoinformationen an den Vorstand, an das Bilanzstrukturmanagement und an den Risikoausschuss mittels Liquiditätsrisikoberichte erfolgen durch den Bereich Betriebswirtschaft:

mindestens monatlich:

- Liquiditätskennziffern LCR und LiqV (letztmals zum 31. Dezember 2017) - bei Erreichen eines Schwellenwerts am Monatsultimo wird auf eine tägliche Berichterstattung umgestellt
- Liquiditätsbilanz
- Ergebnis der Szenarioanalysen mit Limitauslastungen der Liquiditätskennziffern und Liquiditätsbilanz
- Wesentliche Liquiditätsrisiken in Fremdwährung

vierteljährlich:

- Risikokonzentrationen
- Liquiditätskostenverrechnungssystem

bzw. durch Treasury / Handel:

mindestens monatlich:

- Liste zur Liquiditätsbeschaffung über Instrumente, Kontrahenten und Kosten

Die Information des Verwaltungsrats erfolgt vierteljährlich.

4.1.5 Operationelle Risiken inkl. Reputationsrisiken

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten können. Hierzu zählt entsprechend unserer Kategorisierung auch das Reputationsrisiko und stellt für uns ein Folgerisiko (u. a. aus operationellen und auch anderer Risiken) dar. Für den adäquaten Umgang mit operationellen Risiken ist der Vorstand verantwortlich, dem in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Festlegung, der regelmäßigen Überprüfung und der Sicherstellung der Rahmenbedingungen im Umgang mit operationellen Risiken zufällt.

Bei uns werden operationelle Risiken mindestens einmal jährlich durch die Fachbereiche identifiziert und dokumentiert. Zu den installierten Regelungen bzw. Verfahren zum Management der operationellen Risiken zählen insbesondere das interne Kontrollsystem, die schriftlich fixierte Ordnung für die Aufbauorganisation und die wesentlichen Arbeitsabläufe, der Einsatz von qualifiziertem Personal sowie die ständige Weiterentwicklung der Methoden und die Verbesserung der technischen Abläufe. Betriebsrisiken aus dem IT-Bereich sowie aus Organisations- und Bearbeitungsfehlern werden durch Vereinbarungen mit einem externen Rechenzentrum (Finanz Informatik), Notfallkonzepte, zunehmende Automatisierung und ständige Kontrollen durch qualifizierte Mitarbeiter gemindert und zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher Standardverträge reduziert.

Darüber hinaus setzen wir die Instrumente „fokussierte Risikolandkarte“ und „Schadensfalldatenbank“ ein. Die „fokussierte Risikolandkarte“ dient neben der Identifikation operationeller Risiken der szenariobezogenen Analyse von risikorelevanten Verlustpotenzialen (ex ante Betrachtung). In der „Schadensfalldatenbank“ werden alle eingetretenen Schäden bzw. Sammelschäden aus operationellen Risiken ab einem Betrag von 1 TEUR Brutto erfasst (ex post Betrachtung).

Das vorgegebene Risikolimit in Höhe von 1.000 TEUR war zum 31. Dezember 2017 mit 69,0 % (Vorjahr 71,0 %) ausgelastet. Der Umfang der operationellen Risiken wird als niedrig eingeschätzt.

Die Risikokonzentrationen werden mittels definierten Schwellenwerten für außergewöhnliche Schadenshöhen in einem Matrixfeld aus Schadensursache und Funktion des Schadensverursachers ermittelt und abgebildet. Ziel ist es, Risikotreiber zu identifizieren und ggf. durch Maßnahmen das Risiko zu reduzieren.

Berichtswesen

Die Risikoinformationen an den Vorstand und an die einbezogenen Fachbereiche erfolgen mittels des Berichts operationelle Risiken jährlich durch den Bereich Betriebswirtschaft:

- aufgetretene bedeutende Schadensfälle (Art, Ausmaß und Ursache)
- ermittelte Risiken
- getroffene bzw. zu treffende Maßnahmen

vierteljährlich:

- Risikokonzentrationen

Die Information des Verwaltungsrats erfolgt jährlich.

4.1.6 Stresstests

Nach den MaRisk sind regelmäßig für die wesentlichen Risiken angemessene Stress-tests durchzuführen und mindestens jährlich zu überprüfen. Sie müssen Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten widerspiegeln. „Stresstests“ sind die unterschiedlichen Methoden, mit denen die Institute ihre Verlustanfälligkeit (Früherkennung) auch bezüglich möglicher außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse auf den relevanten Ebenen überprüfen. Dies hat auf der Basis der für die jeweiligen Risiken identifizierten wesentlichen Risikofaktoren zu geschehen. Die Stresstests haben sich auch auf die angenommenen Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekte innerhalb und zwischen den Risikoarten zu erstrecken. Risiken aus außerbilanziellen Gesellschaftskonstruktionen und Verbriefungsaktionen sind zu berücksichtigen. Die Stresstests sind auch auf Gesamtinstitutsebene durchzuführen. Mittels Sensitivanalysen (Veränderungen von Parametern / Faktoren von der aktuellen Situation ausgehend) und Szenarioanalysen (auf Basis Ereignis / Geschichte) sind Stresstests durchzuführen. Die regionalen Gegebenheiten werden hierbei berücksichtigt.

Wir führen für alle wesentlichen Risikoarten (z. B. Adressenausfallrisiken) Stresstests durch, d. h. zu den Ergebnissen der gestressten Risikoart mit sämtlichen Risikokategorien (z. B. Adressenausfallrisiken Kundengeschäft, Handelsgeschäfte) werden die übrigen Risikoarten mit den Ergebnissen der unerwarteten Wertänderungen zum Risikodeckungspotenzial mit betrachtet. Zudem erfolgte eine übergreifende Stress-testbetrachtung aller Risikoarten im Pflichtszenario „wirtschaftlicher Abschwung“. Sofern keines der Stresstestszenarien zum inversen Stresstest wird, d. h. Verzehr des kompletten primären Risikodeckungspotenzials, wird das Stresstestszenario mit dem höchsten Risikoergebnis um weitere außergewöhnliche Ereignisse zum inversen Stresstest ergänzt. Bei den Stresstests Liquiditätsrisiken und „schwerer konjunktureller Abschwung“ wurde zusätzlich das Zahlungsunfähigkeitsrisiko untersucht.

Mit dem vom Risikoausschuss festgelegten institutsindividuellen Parameter für die Stressszenarien werden von den für das Risikocontrolling zuständigen Fachbereichen die entsprechenden Risikowerte für die jeweiligen Risikoarten bzw. Risikokategorien berechnet. Die vom Bereich Betriebswirtschaft, Gruppe Risikocontrolling anschließend zusammengeführten Ergebnisse pro Szenario werden danach im Risikoausschuss analysiert, bewertet und kommentiert. Neben dem Maßnahmenkatalog werden bei Eintritt des Ereignisses ggf. noch Ad-hoc-Maßnahmen vorgeschlagen, deren Umsetzung überwacht wird. Die Genehmigung erfolgt im Anschluss durch den Vorstand.

Parameter für die Risikoarten / -kategorien der zuletzt durchgeführten Stresstests:

Adressenausfallrisiken und Beteiligungen

Stresstests zur Bewertung des Ausfallrisikos der Risikokategorie Kundengeschäft erfolgen, zum Teil kombiniert, in verschiedenen Szenarien. Als Parameter hierzu werden der mit CPV errechnete unerwartete Verlust mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % (keine Berücksichtigung von Korrelationen), eine Ratingverschlechterung und der teilweise Ausfall von Kundenkrediten, die wir als Ausfallrisikokonzentrationen sehen, sowie der komplette Ausfall des unbesicherten Anteils der fünf größten Blankokredite ab Rating 10, verwendet.

Bei Handelsgeschäften werden Ratingverschlechterungen um vier Noten verwendet.

Zur Bewertung des Abschreibungsrisikos bei Beteiligungen in Stresstests verwenden wir die vom Arbeitskreis Gesamtbanksteuerung des SVBW erarbeiteten zwei Stressszenarien mit den anteilig ermittelten Risikowerten sowie eigene Risikowerte für eine

weitere Beteiligung (Sparkassenbeteiligungsgesellschaft Heilbronn-Franken mbH & Co.KG).

Für die verschiedenen Stresstests Adressenausfallrisiken erfolgen unterschiedliche Kombinationen der Risikoparameter der verschiedenen Risikokategorien.

Marktpreisrisiken

Für Stresstests zur Bewertung des Zinsspannenrisikos und der Abschreibungsrisiken von Zinsinstrumenten wird das schlechteste Ergebnis der acht Grenzszenarien aus der DSGVO-Machbarkeitsstudie (Konfidenzniveau von 99,0 %) inkl. DSGVO-Credit-Spreads (differenziert nach Assetklasse und Laufzeit, Konfidenzniveau von 99,0 %) sowie das nächst höhere Konfidenzniveau (i.d.R. 99,0 %) bei Fonds verwendet. Bei Immobilienfonds werden die doppelten Kursrückgänge angesetzt. In einem weiteren Stresstest ermitteln wir das schlechteste Ergebnis aus sechs eigenen Zinsszenarien (z. B. Ad-hoc + 1,0 % / + 2,0 % und inverse Zinsstrukturkurve bzw. DSGVO-Grenzszenario PPP (Zinsanstieg an drei Laufzeitstützstellen und Interpolation der Zwischenlaufzeiten) und MMM (Zinsrückgang an drei Laufzeitstützstellen und Interpolation der Zwischenlaufzeiten) mit Konfidenzniveau 95 % innerhalb eines Jahres sowie eine individuelle Hausmeinung) inkl. Spreads (differenziert nach Assetklasse und Laufzeit) sowie Kursrückgänge bei Fonds.

Operationelle Risiken inkl. Reputationsrisiken

Bei den Stresstests wurde einerseits die in der Risikolandkarte verwendete Eintrittshäufigkeit der Szenarien erhöht und in einer zweiten Simulation wird der sofortige Eintritt der drei größten Schadensszenarien angenommen. Die Festlegung der Risikoparameter erfolgt einmal jährlich durch den Bewertungs- und Steuerungsausschuss für operationelle Risiken. Es wird nur das größte Risiko dargestellt.

Stresstest wirtschaftlicher Abschwung

Der schwere konjunkturelle Abschwung führt in der Risikoart Adressenausfall bei den Handelsgeschäften zu einer Ratingverschlechterung um vier Noten und im Kundenkreditgeschäft wird der errechnete unerwartete Verlust mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % (ohne Berücksichtigung von Korrelationen) verwendet. Es wird der Ausfall eines großen regionalen Arbeitgebers der Branche verarbeitendes Gewerbe simuliert. In diesem Zusammenhang verschlechtern sich die Ratingnoten beim verarbeitenden Gewerbe um drei Ratingnoten und die Verwertungsquoten bei Immobiliensicherheiten reduzieren sich aufgrund der Krise um ca. 10 %. Für die Kreditnehmer mit einer neuen Ratingnote ab 17 ist eine Einzelwertberichtigung zu bilden.

Bei den Beteiligungen wird ein vom Arbeitskreis Gesamtbanksteuerung des SVBW erarbeiteter Stresstest verwendet. Zusätzlich wird eine weitere Beteiligung gestresst. In der Geschäftsstruktur fließen Kundeneinlagen ab und die Anzahl der notleidenden Engagements wird zunehmen, dadurch wird sich das Liquiditätsrisiko erhöhen. Beim Marktpreisrisiko wird von einem sinkenden Zinsniveau ausgegangen, wobei sich jedoch die Spreads beim Interbankengeschäft ausweiten werden. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage fallen die Immobilienpreise, was auch Auswirkung auf die Kurse unserer Immobilienfonds (ca. - 30 %) haben wird. Zusätzlich werden die Provisionserträge rückläufig sein. Durch Versorgungsengpässe bei externen Dienstleistern (Operationelle Risiken) entsteht ein zusätzlicher Aufwand.

Inverser Stresstest

Keiner der bisher dargestellten Stresstests ergibt gleichzeitig einen inversen Stresstest. Mittels Kombination der schlechtesten Stresstestszenarien aus Adressenausfall- und Marktpreisrisiken sowie weiteren angenommenen Ausfällen beim Kundenkredit-

geschäft und den Beteiligungen wäre unsere Sparkasse nicht mehr in der Lage die Risiken mit Risikotragfähigkeit abzudecken.

Liquiditätsrisiken

Die Stresstests für das Zahlungsfähigkeitsrisiko werden auf die beiden Modelle Liquiditätsplanung und Liquiditätskennziffer und Auswirkung auf die Risikotragfähigkeit angewandt. Es werden verschiedene Szenarien mit Abflüssen bzw. Verschiebungen von Kundengeldern sowie Kursverlusten beim Wertpapiervermögen simuliert.

Risikoartenübergreifender Stresstest

Risikoartenübergreifend wurde bei einigen Emittenten eine Risikokonzentration festgestellt. Da es sich hierbei jedoch um Kreditnehmer aus dem Haftungsverbund und staatlich verbürgter Bank handelt, wurde auf eine Berechnung verzichtet. Eine Überprüfung erfolgt vierteljährlich.

Wegfall des Haftungsverbundes

Die Auswirkung auf die Eigenmittel und der damit verbundenen Reduzierung des Risikodeckungspotenzials durch den Wegfall des Haftungsverbundes wird bei Eintritt der Risiken untersucht.

Berichtswesen

Die Risikoinformationen an den Vorstand, an das Bilanzstrukturmanagement und an den Risikoausschuss erfolgen mittels des Stresstestberichts vierteljährlich durch den Bereich Betriebswirtschaft:

- Szenariobeschreibung
- Risikoergebnisse mit Auswirkungen auf Risikotragfähigkeit des laufenden Jahres und des Folgejahrs
- Analyse und Kommentierung
- Maßnahmenkatalog bei Ereigniseintritt und ggf. Ad-hoc-Maßnahmen

Die Information des Verwaltungsrats erfolgt vierteljährlich.

4.1.7 Gesamtbild der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein hinreichendes, dem Umfang der Geschäftstätigkeit angemessenes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die Risiken identifiziert, Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet und Risiken gesteuert werden. Die Ermittlung der Risiken erfolgt in der periodischen Sichtweise über einen einheitlichen Risikobetrachtungshorizont für das laufende und das Folgejahr. In 2017 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Gesamtbanklimits. Die Auslastung des vergebenen Gesamtbanklimits bewegte sich unterjährig zwischen 36,1 % und 63,5 %. Die Risikotragfähigkeit für unerwartete Wertänderungen war und ist gegeben. Auch die in der periodischen Sichtweise durchgeführte Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr lässt auf keine Beeinträchtigungen in der Risikotragfähigkeit schließen. Die regelmäßig durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche, aber plausible Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial, mit Ausnahme des inversen Stresstest, abgedeckt werden können. Für den inversen Stresstest bzw. den Adressenausfällen im Kundengeschäft wurden Ad-hoc-Maßnahmen beschlossen, die eine Überprüfung zur Risikoreduzierung, u. a. durch mögliche Verstärkung der Sicherheiten bei den fünf größten Blankokrediten ab Standard-Rating 10 erfordert. Die durchgeführten Stresstests für das Liquiditätsrisiko Zahlungsunfähigkeit zeigen auf, dass wir bei außergewöhnlichen Ereignissen und

Marktentwicklungen in der Lage sind unseren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die steigenden Eigenmittelanforderungen haben wir bereits in unserer Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Die ab dem Jahr 2017 vorgesehenen Eigenmittelanforderungen auf Basis der von uns durchgeführten Kapitalplanung wird mittelfristig eine Einengung der Risikotragfähigkeit zur Folge haben. Die Risikolage ist insgesamt als vergleichsweise günstig einzustufen.

Die Aussagen zu vorhandenen Risikokonzentrationen beziehen sich auf den Stand 31. Januar 2018.

Adressenausfallrisikokonzentrationen im Kundengeschäft bestehen bei 13 GvK. Risikokonzentrationen bezüglich der Adresse bestehen bei der LBBW (inkl. Beteiligungen), dem Land Niedersachsen (inkl. NordLB) und der DekaBank. Außerdem besteht eine Risikokonzentration bei dem Fonds „Domus-Einzelhandel-Deutschland“.

Zudem bestehen Schwellenwerte für Risikokonzentrationen für Länder, die durch entsprechende Limitbeschlüsse bei den Ländern Frankreich und Belgien bewusst überschritten wurden. Ein erhöhtes Länderrisiko wird im Hinblick auf die Zusammensetzung und die Bonitätseinstufung nicht gesehen.

Liquiditätsrisikokonzentrationen bestehen bei der LBBW, der NordLB und der NRW.BANK. Diese werden von uns bewusst eingegangen und gesteuert. So besteht ein Teil des Investments bei diesen Emittenten aus gedeckten Schuldverschreibungen.

Aufgrund unseres Geschäftsmodells besteht eine Risikokonzentration bei den Marktpreisrisiken in dem von uns gesteuerten Zinsänderungsrisiko. Zudem besteht eine weitere Marktpreisrisikokonzentration bei Handelsgeschäften in Form von Kursrisiken für unerwartete Wertänderungen (Zinsen und Spreads) in der Profitcenter / Asset-Summe festverzinsliche bewertungspflichtige Wertpapiere und des Spezialfonds. Die Marktpreisrisikokonzentrationen werden zusätzlich für unsere Emittenten auf Basis der Kursrisiken aus Spreads erhoben. Die Emittenten LBBW, NordLB und NRW.BANK überschritten die definierten Schwellenwerte und sind bewusst eingegangen worden.

Zudem besteht eine Risikokonzentration bei den operationellen Risiken inkl. Reputationsrisiken durch unser Outsourcing der IT bei der Finanz Informatik, dass wir aktiv durch unsere Dienstleistersteuerung managen.

Risikoartenübergreifende (Inter-)Risikokonzentrationen – bei Überschreitung von mindestens zwei Risikoarten – ergaben sich wie oben dargestellt bei den Emittenten LBBW, NordLB und NRW.Bank.

Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken, die die Entwicklung wesentlich beeinträchtigen, sind auf Basis der Risikoinventur nicht erkennbar. Ein lang anhaltendes Niedrigzinsumfeld wird tendenziell zu weiteren Ertragsrückgängen in unserem Hause führen, denen wir durch unsere strategischen Maßnahmen begegnen. Risiken der künftigen Entwicklung bestehen aus unserer Sicht in erster Linie in der zukünftig unbefriedigenden Ertragslage der Sparkasse. Durch das bestehende Risikomanagement sehen wir uns, sowohl für das bestehende Geschäft als auch für die kommenden Herausforderungen, gut gerüstet.

4.2 Prognose- und Chancenbericht

Unsicherheit, ein Element jeder Prognose

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung der Sparkasse für das nächste Jahr beziehen, stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf

Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Ebenso bilden diese Informationen die Grundlage zur Beurteilung von Chancen. Die Aussagen bezüglich der Erwartungen zu den Werten der Ertragslage leiten wir aus unseren für 2017 vorliegenden Betriebsvergleichs- und den Prognosewerten für 2018 ab, wobei in die Betrachtung nur ordentliche Ergebnisse – mit Ausnahme bei den Bewertungsergebnissen – einfließen. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, weisen wir darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten abweichen können. Eine verlässliche Prognose ist derzeit besonders schwierig, da Unwägbarkeiten in Bezug auf die bestehenden geopolitischen Risiken (z. B. Einfuhrzölle in den USA), die weitere Zinsentwicklung sowie nach wie vor Unwägbarkeiten aus der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum bestehen, die weiterhin mit großen Schwankungen an den Finanzmärkten einhergehen dürften und auch die Konjunkturentwicklung bedrohen könnte. Darüber hinaus wird die Rentabilität der Bankenbranche nachhaltig durch die steigende Regulierung belastet.

Rahmenbedingungen für 2018

In seinem Jahresgutachten 2017 / 2018 zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung rechnet der Sachverständigenrat mit Zuwachsraten des BIP von 2,2 % im Jahr 2018. Damit würde sich nach Meinung des Rates die deutsche Wirtschaft zunehmend in einer Überauslastung der deutschen Wirtschaft befinden. Gemäß Analyse des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) gehen die meisten aktuellen Prognosen aus Forschungsinstituten und internationalen Organisationen für 2018 von einem fortgesetzten Aufschwung der Weltwirtschaft aus – jedoch unter schwebenden Risiken. Die OECD geht von einem Wachstum der Weltproduktion 2018 in Höhe von 3,7 % aus. Auch der Welthandel soll sich gemäß OECD um 4,1 % ausdehnen. In einem solch freundlichen außenwirtschaftlichen Umfeld kann auch die deutsche Wirtschaft ihren Aufschwung kraftvoll fortsetzen. Gemäß makroökonomischen Prognosen für Deutschland wird für das reale Bruttoinlandsprodukt 2018 ein Anstieg um 2,5 % erwartet. Die Deutsche Bundesbank veranschlagt ein Wachstum der privaten Konsumausgaben um 1,7 % sowie des staatlichen Verbrauchs um 1,8 %. Es wird erwartet, dass die Zahl der Erwerbstätigen neue Rekordstände erreicht und die Arbeitslosenquote weiter rückläufig ist. Die Prognose für die Arbeitslosenquote 2018 liegt bei 5,3 %. Die Verbraucherpreise könnten gemäß DSGV um etwa 1,6 % steigen und würden somit ähnliche Raten wie im Vorjahr aufweisen.

In unserem Geschäftsgebiet wird sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln können. Wir stehen den Herausforderungen eines dynamischen Wettbewerbsumfelds gegenüber. Hierzu zählen ein sich weiter verstärkender Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten und die steigenden Ansprüche unserer Kundschaft, der Verbraucherschutz und die Bankenaufsicht. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen nehmen kontinuierlich zu. Auch grenzt die Erfüllung der Anforderungen des Basler Ausschusses mit der ansteigenden Bindung von Ressourcen und damit ansteigenden Kosten unsere Handlungsmöglichkeiten weiter ein.

Voraussichtliche Entwicklung der Sparkasse

Vor dem Hintergrund der dargestellten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwarten wir einen deutlichen Anstieg im Kundenkreditvolumen.

Maßgeblich für die Entwicklung im Kundengeschäft Passiv ist das der Bevölkerung im Geschäftsgebiet zur Verfügung stehende Einkommen. Bedingt durch das nachhaltig anhaltende Niedrigzinsniveau sowie den weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote, verbunden mit steigenden Löhnen, ist das Konsumverhalten der Bevölkerung spürbar gestiegen. Mangelnde Anlage-Alternativen führen unter Berücksichtigung der historisch niedrigen Zinsen zu einer negativen Beeinflussung des Kundenverhaltens im Einlagengeschäft. Wir erwarten daher nur einen leichten Rückgang der Kundeneinlagen.

Grundsätzlich gehen wir bei der strukturellen Zusammensetzung des Geschäftsvolumens von keiner wesentlichen Veränderung aus.

Durch die konsequente Ausrichtung der Vertriebsstrategie, der Nutzung der Beratungs-Philosophie des S-Finanzkonzepts, der Fortentwicklung und Umsetzung der definierten operativen Maßnahmen aus der Geschäftsstrategie sowie der klaren Ausformulierung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten und den weiterhin positiven Aussichten an den Finanzmärkten, sollen zusätzlich verstärkte Investments im Wertpapier-Dienstleistungsgeschäft die Kunden begleiten. Der Mangel an attraktiven Anlageangeboten im Festzinsbereich und der drohende Realzinsverlust erfordern die Kapitalstreuung in Substanzwerte wie Aktien und höherverzinsliche Wertpapiere. Dazu setzen wir im Anlagebereich auf den Einsatz eines strukturierten Anlageberatungsprozess, der auf der individuellen Risikoneigung des Kunden basiert. Beim erzielbaren Absatz und dem daraus resultierenden Provisionsergebnis im Wertpapierdienstleistungsgeschäft wird für 2018 von einer leichten Steigerung gegenüber dem Vorjahr ausgegangen. Insgesamt rechnen wir beim Provisionsüberschuss 2018 mit einem deutlichen Anstieg zum Vorjahreswert.

Die Sparkasse erwartet im Rahmen ihrer Planung für das Jahr 2018 keine großen Veränderungen der Finanzmarktindikatoren. Die Zinssätze werden voraussichtlich auf historisch niedrigem Niveau bleiben. Wir rechnen bei den kurzfristigen Laufzeiten mit gleichbleibenden Zinsen, während für die mittleren und langen Laufzeiten ein leicht ansteigender Zins prognostiziert wird. Für die Aktienmärkte erwarten wir, aufgrund der mangelnden Anlagealternativen in einer Niedrigzinsphase, einen leichten Anstieg. In 2018 erwarten wir deshalb zu 2017 einen deutlichen Rückgang des Zinsüberschusses. Bei einem anhaltenden niedrigem Zinsniveau, einem weiter harten Wettbewerbsdruck in der Kreditwirtschaft und den höheren aufsichtsrechtlichen Anforderungen, insbesondere an die Eigenmittel und die Liquidität, besteht das Risiko, dass die Zinspanne noch weiter deutlich absinkt. Es bietet sich aber auch die Chance als „Sparkasse in der Region“ und verlässlicher Partner mit marktgerechten Konditionen Kunden weiterhin an uns zu binden und das Zinsergebnis positiv zu beeinflussen. Die Entwicklung des Zinsniveaus hat den größten Einfluss auf die Höhe unseres Zinsüberschusses. Insbesondere bei einem leicht höheren Zinsniveau und einer normalen und nicht zu flach verlaufenden Zinsstrukturkurve bietet sich die Chance zur Steigerung des Zinsergebnisses.

Für einzelne wesentliche Verbundbeteiligungen hat sich die Ertragssituation stabilisiert. Aus Vorsichtsgründen erwarten wir in 2018 Beteiligungserträge nur in geringem Umfang und haben diesen Sachverhalt in unserer Ertragsprognose berücksichtigt. Weitere Abschreibungen auf bzw. Aufwendungen und Rückstellungen im Zusammenhang mit unseren Verbundbeteiligungen erwarten wir nicht, sind aber nicht auszuschließen.

Durch einen Mehrbedarf bei den Personal- und Sachaufwendungen, planen wir für das Jahr 2018 eine deutliche Erhöhung des ordentlichen Verwaltungsaufwands gegenüber dem Vorjahr. Es bietet sich die Chance durch ein weiterhin betriebenes conse-

quentes Personal- und Sachkostenmanagement einen Teil dieser Steigerungen im ordentlichen Verwaltungsaufwand zu kompensieren.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft – ohne die Bildung von § 340f HGB Vorsorgereserven – wird neben der allgemeinen Konjunktorentwicklung auch durch die regionale Wirtschaftsentwicklung nachhaltig beeinflusst. Aufgrund des im vorherigen Abschnitt „Rahmenbedingungen 2018“ dargestellten Konjunkturverlaufs erwarten wir im Bereich der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft im Vergleich zu 2017 für das laufende Geschäftsjahr eine gravierend höhere Belastung. Eine tatsächliche Überschreitung des über das mit dem Kreditrisikomodell CPV ermittelten erwarteten Risikos sehen wir nicht. Bei einem deutlich besseren Konjunkturverlauf ergibt sich die Chance einer deutlich geringeren notwendigen Risikovorsorge.

Erhöhte Abschreibungen auf den Wertpapierbestand sehen wir aktuell nicht, wobei durchaus die Gefahr stark steigender Zinsen und steigender Discountmargins bei im Bestand befindlichen IHS-Floatern besteht und dann auch ein erhöhter Abschreibungsbedarf im Wertpapierbestand gegeben wäre.

Gesamtaussage

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2018 beurteilen wir als stabil, sofern sich die Rahmenbedingungen wie unterstellt entwickeln. Wir erwarten eine Geschäftsentwicklung mit einem sehr deutlich zurückgehenden Betriebsergebnis vor Bewertung und einen gravierenden Rückgang im Betriebsergebnis nach Bewertung.

Unsere Sparkasse erwirtschaftet das für die Geschäfts- und Risikostrategie notwendige Kernkapital aus den erwarteten zukünftigen Gewinnen weiterhin selbst.

Aufgrund der vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtsrechtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Geschäftsstellen (Stand 31.12.2017)

- **Firmensitz**
Hauptstraße 68
97941 Tauberbischofsheim

- **Niederlassung**
Härterichstraße 13
97980 Bad Mergentheim
-

weitere Geschäftsstellen:

97959 Assamstadt

- Assamstadt, Rengershäuser Str. 2

97980 Bad Mergentheim

- Markelsheim, Hauptstr. 42
- Petershof, Wachbacher Str. 14
- Weberdorf, Milchlingstr. 15

97944 Boxberg

- Boxberg, Kurpfalzstr. 31

97993 Creglingen

- Creglingen, Hauptstr. 41

97896 Freudenberg

- Freudenberg, Hauptstr. 121

97950 Großrinderfeld

- Großrinderfeld, Hauptstr. 27

97947 Grünsfeld

- Grünsfeld, Abt-Wundert-Str. 16

74736 Hardheim

- Hardheim, Bürgermeister-Henn-Str. 1

74746 Höpfingen

- Höpfingen, Heidelberger Str. 12

97999 Igersheim

- Igersheim, Möhlerplatz 7

97953 Königheim

- Königheim, Hauptstr. 29

97900 Külsheim

- Külsheim, Hauptstr. 25

97922 Lauda-Königshofen

- Lauda, Josef-Schmitt-Str. 11
- Königshofen, Hauptstr. 52

97996 Niederstetten

- Niederstetten, Marktplatz 1

97941 Tauberbischofsheim

- Oststadt, Würzburger Str. 13

97990 Weikersheim

- Weikersheim, Hauptstr. 14

97956 Werbach

- Werbach, Hauptstr. 17

97877 Wertheim

- Wertheim, Rathausgasse 9
- Bestenheid, Haslocher Weg 28
- Mondfeld, Nibelungenstr. 46
- Nassig, Frohnhofweg 1
- Urphar, Maintalstr. 40
- Wartberg, Frankenplatz 17

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat der Sparkasse Tauberfranken hat im Berichtsjahr 2017 alle Aufgaben, die ihm nach Gesetz und Satzung zukommen, wahrgenommen.

Über die aktuelle Geschäftslage und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse hat der Vorstand den Verwaltungsrat regelmäßig und zeitnah unterrichtet. Die erforderlichen Beschlüsse zu wichtigen Geschäftsvorfällen wurden gefasst und Grundsatzfragen der laufenden Geschäftspolitik erörtert.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 wurden von der Prüfungsstelle des Sparkassenverbands Baden-Württemberg geprüft, die den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilte.

Der Verwaltungsrat stellte den Jahresabschluss gemäß § 30 Abs. 3 des Sparkassengesetzes für Baden-Württemberg fest. Entsprechend dem Vorschlag des Vorstands beschließt der Verwaltungsrat den Jahresüberschuss von 456.653,19 EUR der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Der Verwaltungsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihren Einsatz zum Wohle der Kunden und des Unternehmens Dank und Anerkennung aus.

Tauberbischofsheim, 28. Juni 2018

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats
der Sparkasse Tauberfranken

Wolfgang Vockel
Bürgermeister der Stadt Tauberbischofsheim

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2017



der
Sitz

Sparkasse Tauberfranken
Tauberbischofsheim

eingetragen beim
Amtsgericht
Handelsregister-Nr.

Amtsgericht Mannheim
HRA 560337

	EUR	EUR	EUR	31.12.2016 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		13.351.695,52		12.609
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		14.219.070,30		18.337
			27.570.765,82	30.946
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		18.293.244,32		27.506
b) andere Forderungen		253.678.115,52		312.000
			271.971.359,84	339.506
4. Forderungen an Kunden			1.694.674.123,47	1.616.323
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	671.009.687,78	EUR		(653.878)
Kommunalkredite	71.845.227,40	EUR		(58.735)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		54.455.783,70		54.856
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	54.455.783,70	EUR		(54.856)
bb) von anderen Emittenten		391.563.184,06		408.520
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	391.563.184,06	EUR		(408.520)
			446.018.967,76	463.376
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			446.018.967,76	463.376
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
6a. Handelsbestand			135.603.453,16	135.339
7. Beteiligungen			0,00	0
			27.650.335,14	27.655
darunter:				
an Kreditinstituten	7.202.821,40	EUR		(7.203)
an Finanzdienstleistungsinstituten	982.189,06	EUR		(982)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			531.000,00	483
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			3.570.212,56	3.875
darunter:				
Treuhandkredite	3.570.212,56	EUR		(3.875)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		49.037,00		75
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			49.037,00	75
12. Sachanlagen			12.006.351,28	12.825
13. Sonstige Vermögensgegenstände			1.639.447,98	3.253
14. Rechnungsabgrenzungsposten			305.120,84	441
Summe der Aktiva			2.621.590.174,85	2.634.098

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2016 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		45.686.549,75		69.577
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		286.955.010,14		270.900
			332.641.559,89	340.477
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	644.937.406,24			629.413
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	15.661.319,24			41.332
		660.598.725,48		670.745
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	1.153.024.945,52			1.125.367
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	103.782.640,50			138.606
		1.256.807.586,02		1.263.972
			1.917.406.311,50	1.934.717
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		256.718,49		257
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
			256.718,49	257
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			3.570.212,56	3.875
darunter:				
Treuhandkredite	3.570.212,56 EUR			(3.875)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			2.376.347,80	2.474
6. Rechnungsabgrenzungsposten			343.691,51	502
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		42.186.188,00		41.460
b) Steuerrückstellungen		642.969,00		1.405
c) andere Rückstellungen		17.587.859,46		18.008
			60.417.016,46	60.874
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genusrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			183.200.000,00	170.000
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	120.921.663,45			120.499
		120.921.663,45		120.499
d) Bilanzgewinn		456.653,19		422
			121.378.316,64	120.922
Summe der Passiva			2.621.590.174,85	2.634.098
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		92.192.183,29		100.453
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			92.192.183,29	100.453
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		193.326.108,60		164.961
			193.326.108,60	164.961

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2016 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	44.316.604,17			49.723
darunter:				
abgesetzte negative Zinsen	272.511,14	EUR		(40)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	4.805.751,69			5.844
		49.122.355,86		55.567
		12.096.880,22		11.950
2. Zinsaufwendungen				
darunter:				
abgesetzte positive Zinsen	358.668,98	EUR		(368)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.912.121,11	EUR		(887)
			37.025.475,64	43.617
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		14.750.856,40		2.715
b) Beteiligungen		2.232.374,94		2.379
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			16.983.231,34	5.094
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		16.545.104,59		15.414
6. Provisionsaufwendungen		467.746,40		496
			16.077.358,19	14.918
			0,00	0
			1.471.827,10	1.585
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands				
8. Sonstige betriebliche Erträge				
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	124.004,02	EUR		(126)
9. (weggefallen)			71.557.892,27	65.213
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	20.704.068,04			22.039
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.075.411,19			6.679
darunter:				
für Altersversorgung	2.091.720,78	EUR		(2.464)
		26.779.479,23		28.718
b) andere Verwaltungsaufwendungen		12.404.039,86		12.807
			39.183.519,09	41.525
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.558.657,08	1.611
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			949.620,78	927
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	18,13	EUR		(0)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		12.237.946,49		7
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
			12.237.946,49	7
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0,00		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		48.000,00		157
			48.000,00	157
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			13.200.000,00	15.100
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			4.476.148,83	6.200
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3.930.528,71		5.689
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		88.966,93		89
			4.019.495,64	5.778
25. Jahresüberschuss			456.653,19	422
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			456.653,19	422
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
			456.653,19	422
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			456.653,19	422

ANHANG

Allgemeine Angaben

Die Sparkasse Tauberfranken hat ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Konsolidierung des Jahresabschlusses unseres verbundenen Unternehmens beeinflusst die einzelnen Positionen des Konzernabschlusses gegenüber den Werten des Jahresabschlusses unseres Instituts nur unwesentlich. Wir haben daher auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen) sind zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien und bezahlte Agien werden auf deren Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Für erkennbare Ausfallrisiken haben wir bei Forderungen an Kunden in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Außerdem haben wir eine Pauschalwertberichtigung in Höhe des steuerlich zulässigen Betrages auf den latent gefährdeten Forderungsbestand gebildet. Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute wurde zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Im Anlagevermögen gehaltene Immobilienfonds werden zu Rücknahmepreisen ohne Berücksichtigung der bei einer vorzeitigen Rückgabe anfallenden Rücknahmeabschläge bewertet.

Bei einem Wertpapier war zum Bilanzstichtag kein aktiver Markt vorhanden, dem ein verlässlicher Börsen- oder Marktpreis hätte entnommen werden können. In diesem Fall haben wir den beizulegenden Wert mittels eines Barwertmodells unter Berücksichtigung von Faktoren, die Marktteilnehmer bei einer Preisfestlegung berücksichtigen würden, ermittelt (Buchwert 100 Mio Euro). Hierbei haben wir den Risikoaufschlag vom Markt für Credit Default Swaps abgeleitet.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen werden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden bei den Sachanlagen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringem Wert (bis 150 Euro) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis 1.000 Euro) in Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die in den Sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen und Vermögenswerte wurden mit dem Niederstwert bewertet.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen.

ANHANG

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die Pensionsrückstellungen wurden für die unmittelbaren Versorgungsverpflichtungen unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der sich aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren ergebende durchschnittliche Marktzinssatz von 3,68 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet. Die Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes seit dem letzten Abschlussstichtag werden im Zinsergebnis ausgewiesen. Bei der Berechnung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % (Vorjahr 2,5 %) und ein Rententrend von jährlich 2,0 % (Vorjahr 2,0 %) berücksichtigt. Aus der Berechnung der Rückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre und der vergangenen sieben Geschäftsjahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 2.420 TEUR. Er unterliegt in Höhe von 1.997 TEUR der Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 HGB, da im Vorjahr bereits in diesem Zusammenhang 422 TEUR der Sicherheitsrücklage zugeführt wurden.

Für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen, die sich aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten der Sparkasse ergeben, besteht eine in Vorjahren dotierte Rückstellung in Höhe eines Teilbetrags von 22,7 Mio EUR. Hierbei erfolgte die Berechnung der nicht durch entsprechendes Vermögen der Versorgungskasse gedeckten Verpflichtungen der Sparkasse (Gesamtbetrag 35,7 Mio EUR) nach einem dem Teilwertverfahren angelehnten Näherungsverfahren, welches versicherungsmathematische Grundsätze berücksichtigt. Die Ermittlung erfolgte auf Datenbasis des Vorjahresresultimos unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G und einer pauschalen Berücksichtigung des auf die Sparkasse entfallenden Anteils am gesamten Kassenvermögen der Versorgungskasse. Gehalts- bzw. Rententrends wurden bei der Berechnung vereinfacht durch Kompensation mit dem bei der Abzinsung zu verwendenden durchschnittlichen Marktzinssatz einbezogen. Der so ermittelte und zugrunde gelegte Rechnungszins betrug 3,4 %.

Gemäß IDW RS BFA 3 wurde zum Bilanzstichtag auf Basis einer barwertigen Betrachtungsweise unter Berücksichtigung voraussichtlich noch anfallender Risiko- und Verwaltungskosten nachgewiesen, dass aus den zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs) kein Verpflichtungsüberschuss besteht. Somit war diesbezüglich keine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erforderlich (Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs)).

Die strukturierten Produkte (Festdarlehen mit Kündigungsrechten, Festdarlehen mit auf die Zukunft bezogenen Konditionsvereinbarungen (Forwarddarlehen) sowie variable Darlehen mit Mindestzinsvereinbarung) wurden unter Berücksichtigung des IDW RS HFA 22 einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert und ggf. bewertet.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Das Währungsrisiko wird über eine Währungsposition als Einheit gesteuert. In diese werden die einzelnen Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie Kassageschäfte eingestellt. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB wird in Höhe der sich hierbei betragsmäßig ausgleichenden Positionen je Währung angenommen.

Die Umrechnung der auf fremde Währung lautenden Bilanzposten und der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte erfolgte generell mit dem Kassamittelkurs. Die Sortenbestände wurden zu dem Mittelkurs aus Schalterankaufs- und -verkaufskursen der Landesbank Baden-Württemberg bzw. zum EZB-Referenzkurs bewertet.

ANHANG

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte wurden ebenfalls erfolgswirksam vereinnahmt.

Der Ausweis der Aufwendungen und Erträge aus besonders gedeckten Positionen erfolgte saldiert im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die angefallenen und mit den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen verrechneten negativen bzw. positiven Zinsen werden abweichend zum Vorjahr in der Gewinn- und Verlustrechnung als Darunter-Positionen zu GV-Posten 1a) bzw. 2 ausgewiesen und nicht mehr im Anhang angegeben. Dies gilt auch für die Vorjahreszahlen.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivseite

3. Forderungen an Kreditinstitute

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.17 TEUR	Vorjahr TEUR
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	66.269	75.505
darunter: Forderungen an die eigene Girozentrale	66.207	

Die Unterposition b) - andere Forderungen - (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	TEUR
bis drei Monate	14
mehr als drei Monate bis ein Jahr	170.007
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	47.000
mehr als fünf Jahre	36.000

4. Forderungen an Kunden

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.17 TEUR	Vorjahr TEUR
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.972	8.664

Diese Position (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	TEUR
bis drei Monate	86.855
mehr als drei Monate bis ein Jahr	136.266
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	535.646
mehr als fünf Jahre	861.905
mit unbestimmter Laufzeit	72.415

ANHANG

5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.17 TEUR	Vorjahr TEUR
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	145.942	145.948
Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	24.954	

	TEUR
Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind börsennotiert	446.019

6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

	TEUR
Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind börsennotiert	31.171

Anteile an Investmentvermögen

An den folgenden Investmentvermögen halten wir mehr als 10 % der Anteile:

Anlageziele Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert TEUR	Buchwert TEUR	Ausschüttungen im Geschäftsjahr TEUR
Spezialfonds als gemischter Fonds DE0009762682 A-TAUBERFRANKEN 3-FONDS	81.113	72.304	12.477

Für das dargestellte Investmentvermögen lag keine Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe vor.

9. Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden (Aktivposten 4) dar.

12. Sachanlagen

In dieser Position sind enthalten:

	TEUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	8.446
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.343

13. Sonstige Vermögensgegenstände

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.17 TEUR	Vorjahr TEUR
Nachrangige Vermögensgegenstände	369	2.391

ANHANG

14. Rechnungsabgrenzungsposten

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.17 TEUR	Vorjahr TEUR
Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	5	12
Unterschiedsbetrag zwischen Erfüllungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Anleihen	209	343

Mehrere Positionen betreffende Angaben

	TEUR
Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	18.398

Anlagenspiegel

	Entwicklung des Anlagevermögens (Angaben in TEUR)													
	Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten					Entwicklung der kumulierten Abschreibungen						Buchwerte		
	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	Abschreibungen im Geschäftsjahr	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit			Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres
									Zugänge	Abgänge	Umbuchungen			
Immaterielle Anlagewerte	902	19	389	-	532	827	46	-	-	389	-	483	49	75
Sachanlagen	58.260	697	1.263	-	57.694	45.435	1.513	-	-	1.261	-	45.688	12.006	12.825

	Veränderungssaldo (§ 34 Abs. 3 RechKredV)		(ohne anteilige Zinsen)	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0		25.000	25.000
Beteiligungen	-5		27.650	27.655
Anteile an verbundenen Unternehmen	48		531	483
Sonstige Vermögensgegenstände	-2.002		366	2.368

ANHANG

Passivseite

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.17 TEUR	Vorjahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	331.528	339.637
darunter: gegenüber der eigenen Girozentrale	331.528	

	TEUR
Der Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögensgegenstände (Forderungen und Wertpapiere) für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt	286.725

Die Unterposition b) - mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	TEUR
bis drei Monate	6.120
mehr als drei Monate bis ein Jahr	18.786
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	88.023
mehr als fünf Jahre	173.939

2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.17 TEUR	Vorjahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	47	37
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	243	234

Die Unterposition ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	TEUR
bis drei Monate	6.187
mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.749
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.713
mehr als fünf Jahre	1

Die Unterposition bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	TEUR
bis drei Monate	58.279
mehr als drei Monate bis ein Jahr	33.978
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.364
mehr als fünf Jahre	4.977

ANHANG

3. Verbriefte Verbindlichkeiten

In dieser Position sind, soweit aus unseren Unterlagen erkennbar und unter der Voraussetzung, dass der Erwerber die Papiere seinerseits nicht verkauft hat, enthalten:

	TEUR
In Unterposition a) - begebene Schuldverschreibungen - enthaltene Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	255

4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivposten 1).

6. Rechnungsabgrenzungsposten

In dieser Position sind enthalten:

	31.12.17 TEUR	Vorjahr TEUR
Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	335	484

Mehrere Positionen betreffende Angaben

	TEUR
Von den Schulden lauten auf Fremdwährung	18.278

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

3a. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren

In dieser Position sind enthalten:

	TEUR
Ausschüttungen von Zinsen und Dividenden aus Spezialfonds, die in vor dem Berichtsjahr endenden Fondsgeschäftsjahren erwirtschaftet wurden.	10.625

29. Bilanzgewinn

Der Verwaltungsrat wird den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 in seiner für den 28.06.2018 vorgesehenen Sitzung feststellen. Der Vorschlag für die Verwendung des Ergebnisses sieht vor, den Bilanzgewinn vollständig der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

ANHANG

Sonstige Angaben

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Name, Sitz	Höhe des Kapitalanteils	Eigenkapital	Jahresergebnis
Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Mainz	0,1 %	13.119 Mio EUR (31.12.2016)	+ 11 Mio EUR (2016)
Sparkassenverband Baden-Württemberg, Stuttgart	1,3 %	- ¹	- ¹
SVB-Sparkassen-Versicherung Beteiligungs-GmbH Nr. 3, Stuttgart	10,0 %	124.853 TEUR (30.09.2017)	+ 2.726 TEUR (2016/2017)

Der übrige Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 HGB ist für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

Wir sind unbeschränkt haftende Gesellschafterin der RWSO-Grundstücksgesellschaft TBS der Württembergischen Sparkassenorganisation (GbR), Fellbach.

Der Sparkassenverband Baden-Württemberg hat sich zusammen mit den weiteren Trägern quotal entsprechend seinem Stammkapitalanteil im Geschäftsjahr 2009 an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital für die Landesbank Baden-Württemberg beteiligt und eine Rückgarantie zusammen mit der Stadt Stuttgart gegenüber dem Land Baden-Württemberg aus einer Risikoimmunisierungsaktion für die Landesbank Baden-Württemberg übernommen. Die der Risikoimmunisierung zugrunde liegenden Portfolios wurden im Berichtsjahr vollständig veräußert und die Risikoabschirmung mit Wirkung zum 15. Dezember 2017 durch eine Beendigungsvereinbarung aufgelöst. Als Mitglied des Sparkassenverbands Baden-Württemberg sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Darüber hinaus sind wir Mitglied des Sicherungssystems der Deutschen Sparkassenorganisation, wobei das System der freiwilligen Institutssicherung beibehalten wurde. Zusätzlich erfüllt das Sicherungssystem auch die Anforderungen des Einlagensicherungsgesetzes. Aus diesen Verpflichtungen ist über die laufenden jährlichen Beitragsverpflichtungen hinaus derzeit ein akutes Risiko einer wesentlichen Inanspruchnahme nicht erkennbar.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Aktuell ist aus dieser Verpflichtung kein akutes Risiko einer Inanspruchnahme erkennbar.

¹ Keine Angabe gemäß § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB

ANHANG

Derivative Finanzinstrumente

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte gliedern sich wie folgt:

	Nominalbeträge in TEUR				Zeitwerte ² in TEUR		Buchwerte in TEUR
	nach Restlaufzeiten			Insgesamt	+	./.	Rückstellung (P7)
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre				
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
Zinsswaps	0	26.000	29.000	55.000	206	0	0

Bei den mit einem inländischen Kreditinstitut abgeschlossenen Zinsswaps werden die theoretisch ermittelte Werte als Zeitwerte angesetzt (Mark to Model Bewertung). Zinsswaps werden in die Basisbestandteile Kuponanleihe und Floater zerlegt und unter Zugrundelegung entsprechender Zinsstrukturkurven getrennt bewertet. Der Barwert des Swaps ergibt sich dabei aus der Differenz der Barwerte der beiden Basisprodukte. Diese in die Zinsbuchsteuerung einbezogenen Derivate wurden bei der verlustfreien Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) berücksichtigt (vgl. Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden") und waren insoweit nicht gesondert zu bewerten.

Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 133 TEUR durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Ein Ausweis passiver latenter Steuern war insoweit nicht erforderlich, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse entsprechend § 274 Abs. 1 HGB verzichtet. Die künftigen Steuerbelastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden bei den Sachanlagen. Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei den Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinsliche Wertpapieren, Beteiligungen, sonstige Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen. Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 28,5 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zzgl. Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit einem Steuersatz von 15,825 % berücksichtigt.

Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr wurden von unserem Abschlussprüfer für folgende Leistungen Honorare berechnet:

	TEUR
für die Abschlussprüfung	239
für andere Bestätigungen	27
für die Steuerberatung	7

² Ohne anteilige Zinsen

ANHANG

Anrechnung nicht realisierte Reserven im aufsichtsrechtlichen Eigenkapital

Die Sparkasse hat nicht realisierte Reserven in Wertpapieren in Höhe von 3.087 TEUR dem haftenden Eigenkapital nach § 10 KWG in der bis zum 31.12.2013 geltenden Fassung zuge-rechnet.

Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Vollzeitkräfte	285
Teilzeit- und Ultimokräfte (anteilig)	91
Auszubildende	30
Insgesamt	406

Bezüge/Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbe-züge in Höhe von 748 TEUR bezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellun-gen in Höhe von 14.176 TEUR.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 161 TEUR.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite in Höhe von 470 TEUR gewährt.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite in Höhe von 1.254 TEUR ausgereicht.

ANHANG

Organe

	(Name/Vorname/Beruf)
Verwaltungsrat	
Vorsitzender	VOCKEL, Wolfgang, Bürgermeister der Stadt Tauberbischofsheim (seit 01.05.2017; bis 30.04.2017 1. Stellvertreter)
1. Stellvertreter	FRANK, Reinhard, Landrat des Main-Tauber-Kreis (seit 01.05.2017; bis 30.04.2017 Vorsitzender)
2. Stellvertreter	MIKULICZ, Stefan, Oberbürgermeister der Stadt Wertheim
Mitglieder	ALBERT, Wolfgang, Sparkassenangestellter*
	BAUMANN, Dirk, Sparkassenangestellter
	BAUMANN, Kurt, Sparkassenangestellter*
	BECHTOLD, Markus, Sparkassenangestellter*
	DÜRR, Ottmar, Bürgermeister der Gemeinde Werbach
	FLASBECK, Jochen, Rechtsanwalt
	GNEISZ, Liane, Sparkassenangestellte*
	KREMER, Christian, Bürgermeister der Stadt Boxberg
	DR. LANIG, Urban, selbstständiger Arzt für Allgemeinmedizin (bis 31.03.2018)
	MAERTENS, Thomas, Bürgermeister der Stadt Lauda-Königshofen
	MÜLLER, Elmar, Sparkassenangestellter*
	MÜLLER, Philipp, Geschäftsführer der VS Vereinigte Spezialmöbelfabriken GmbH & Co.KG
	NIED, Rolf, Geschäftsführer ECOM Instruments GmbH
	ROHM, Volker, Bürgermeister der Gemeinde Hardheim
	ROSENKRANZ, Erich, Vorstand i. R.
	SCHEURICH, Martin, Sparkassenangestellter*
	SCHINDLER-NEIDLEIN, Ute, ehemals kfm. Angestellte
	SCHREGLMANN, Thomas, Bürgermeister der Stadt Kulsheim
	STALLMEYER, Wolfgang, Geschäftsführer INDUSTRIONIC Industrie-Electronic GmbH & Co. KG
	WUNDERLICH, Christian, Geschäftsführer Herbsthäuser Brauerei Wunderlich KG
	ZOGLMANN, Thomas, Sparkassenangestellter*
	* Vertreter der Beschäftigten der Sparkasse Tauberfranken

Vorstand	
Vorsitzender	VOGEL, Peter, Sparkassendirektor
Stv. Vorsitzender	REINER, Wolfgang, Sparkassendirektor

ANHANG

Bei folgenden großen Kapitalgesellschaften bzw. Kreditinstituten werden durch Angehörige unseres Hauses Mandate wahrgenommen:

Durch ein Vorstandsmitglied:

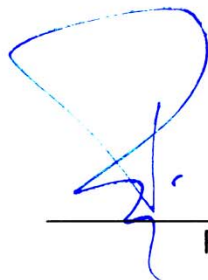
- im Verwaltungsrat der LBS Landesbausparkasse Südwest mit Sitz in Stuttgart (bis 07.04.2017).
-
- im Aufsichtsrat der SV SparkassenVersicherung Lebensversicherung AG mit Sitz in Stuttgart (seit 05.05.2017).

Tauberbischofsheim, 08. Mai 2018

DER VORSTAND



Vogel



Reiner

ANHANG

**Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG
zum 31. Dezember 2017
("Länderspezifische Berichterstattung")**

Die Sparkasse Tauberfranken hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Tauberfranken besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Tauberfranken definiert den Umsatz als Saldo aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2017 beträgt der Umsatz 71.558 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 376.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 4.476 TEUR.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 3.931 TEUR. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Sparkasse Tauberfranken hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.